

GRUNDKONZEPT

des

PERSPEKTIVE

ohne Grenzen e.V.

(ehemals Deutscher Bundesverband für Steuer-,
Finanz- und Sozialpolitik e.V. – DBSFS e.V.)

PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.

FeringasträÙe 12 a

85774 München-Unterföhring

Telefon: 089 – 416007 – 21

Mail: info@d-perspektive.de

www.d-perspektive.de

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
Vorwort	1
Einleitung	4
Grundsätzliches	7
- Freiheit	8
- Achtung und Toleranz	8
- Verantwortung des Einzelnen in der Sozial- und Wirtschaftsgemeinschaft	8
Im Klartext	9
- Die Aufgaben eines (modernen) Staates	10
- Kinder und Jugendliche	13
- Berufs- und Arbeitswelt	15
- Bürger und Gesellschaft unter dem Schutz des Rechtsstaates	16
- Abbau der „Subventionitis“	18
- Immigration und Asyl	19
Wenn wir schon bei Reformen sind	20
Schlußbemerkung	23

Zum detaillierten Studium lesen Sie:

- A Plädoyer für ein neues Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept**
- B Plädoyer für ein neues Bildungskonzept**
- C Plädoyer für ein neues Gesundheitskonzept**
- D Plädoyer für ein neues Demokratie- und Rechtskonzept**
- E Die Lösung der EURO-Krise – eine völlig neue Sichtweise**

Grundkonzept

Vorwort

Wer sich bestehenden Verhältnissen entgegenstellt, Veränderungen zu initiieren versucht und für Probleme – selbst wenn diese allseits erkannt werden – eine Lösung anbietet, sieht sich schnell erheblichen Widerständen gegenüber.

Während der eine zwar seiner grundsätzlichen Kritik zustimmt, jedweden alternativem Gedanken jedoch ohne langes Nachdenken eine Absage erteilt, verweigert der andere schon der aufgezeigten Problemstellung seine Zustimmung; er ist derart gefangen in einer generellen Verwirrung, daß er – mutlos bis zur Resignation – überhaupt nicht mehr bereit ist, über das Problem an sich nachzudenken, geschweige denn nach einer Alternative zu suchen. Der dritte Typus kennzeichnet denjenigen, der generell niemandem mehr eine Alternative zutraut, die nicht vornehmlich dessen Eigeninteressen dient. Für ihn *muß* jede Aktivität (und somit auch jeder Problemlösungsansatz) zwingend mit Vorteilen für denjenigen enden, der sich für etwas einsetzt; dies entspricht seiner „Lebenserfahrung“, von der er auch nicht bereit ist, abzurücken.

Und dann gibt es noch einen vierten Typus: Er ist schnell zu begeistern und neuen Ideen gegenüber auch sehr aufgeschlossen – wenn und solange diese *von ihm* keinen Einsatz, kein Engagement und keine wie auch immer gearteten Opfer fordern. Er verspricht zwar in seiner ersten Euphorie, den zur Frage stehenden Gedanken nach Kräften zu unterstützen und sich dafür einzusetzen. Spätestens jedoch dann, wenn es wirklich darum geht, Flagge zu zeigen oder Zeit und Arbeitskraft zu opfern, wartet er mit Ausreden aller Art auf, um sich aus Problemen herauszuhalten und keine persönlichen Risiken einzugehen.

Diese Phänomene kennt jeder Initiator von Vereinen oder sozialpolitischen Organisationen (z.B. Bürgervereinigungen) bestens.

Noch viel mehr trifft dies jedoch auf neue politische Parteien zu, deren Gesamt-Komplexität natürlich in besonderem Maße alle vier o.g. Typen erfaßt und einschließt.

Dies ist wohl vornehmlich der Grund dafür, daß seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland mehr als 300 politische Organisationen gegründet wurden, von denen es jedoch nur etwa einem Dutzend gelang, bis in Stadt- und Gemeinderäte oder gar in einen Landtag zu gelangen. Und gerade einmal fünf Parteien schafften es sogar bis in den Bundestag. Zur Zeit sind über 100 Parteien im Verzeichnis des Bundeswahlleiters eingetragen. Viele dieser zumeist unter sehr ernsthaften Voraussetzungen gegründeten Organisationen sind binnen kurzem entweder bankrott oder sie bestehen allenfalls aus dem Vorstand, wenigen zahlenden Mitgliedern und einer Phalanx von Karteileichen. Den großen politischen Organisationen Paroli zu bieten und mit tatsächlichen Alternativen aufwarten zu können, scheint schier unmöglich zu sein.

Zwar weiß das Gros der Bevölkerung – der Rest spürt es – ganz genau, daß die im Bundestag vertretenen Parteien ausnahmslos keine wirklichen Alternativen für die – hauptsächlich von ihnen selbst verursachten – Probleme zu bieten haben. Sie müßten sich und ihren Wählern gegenüber arge Versäumnisse eingestehen, und selbst wenn ihre eigene Einsicht dies gestattete – ihren Wählern trauen sie in keinem Fall zu, einer völlig neuen politischen Orientierung zu folgen. Den Mut und die Zuversicht, völlig neuem politischem Denken zu folgen, bringen die BürgerInnen/WählerInnen kaum auf, wenngleich es, und das gibt Hoffnung, inzwischen immer mehr werden.

Das Kernproblem hierbei ist die Tatsache, daß ein genereller politischer Wandel eine ehrliche *Ursachenforschung* erfordern würde, was wiederum damit verbunden wäre, daß sich die betroffenen MitbürgerInnen/WählerInnen tatsächlich mit den gegebenen politischen Situationen in den verschiedenen Bereichen des politischen Lebens beschäftigen müßten. Da man dies traditio-

Grundkonzept

nell lieber anderen – nämlich den (vermeintlich) dafür gewählten PolitikerInnen – meint, überlassen zu können, hat sich im Wählervolk die Einstellung breitgemacht, daß man *die Politik* lieber und vornehmlich den Politikern überlassen sollte (obwohl man ihnen überwiegend nicht über den Weg traut). *Die Politik* wird als „*schmutziges Geschäft*“ apostrophiert. Ihre Protagonisten gelten schon seit geraumer Zeit als noch weniger vertrauenswürdig als Autoverkäufer und Versicherungsvertreter. Sie werden als Prominente gehandelt und entweder glühend verehrt oder abgrundtief verachtet. Ein gesundes, rational sauber sortiertes Verhältnis zu Politikern in unserem Lande ist nur den allerwenigsten möglich.

Wenn sich unter diesen Umständen eine Gruppe von Menschen zusammengefunden hat, um eine neue politische Bewegung – den **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** – zu gründen und damit allen Ernstes das Ziel verfolgt, eine neue politische Kultur zu gebären, neue – teilweise revolutionäre – Wege einzuschlagen und Lösungen zu formulieren, die sich nicht darin erschöpfen, *neuen Wein in alte Schläuche* zu füllen, d.h. bekannte Probleme nur umzuformulieren und, wie der Volksmund sagt, „*den Teufel mit Beelzebub auszutreiben*“, so mag dies bei nicht wenigen Mitbürgern mitleidiges Lächeln oder Kopfschütteln hervorrufen.

Wenn diese Frauen und Männer sich dennoch dazu entschlossen haben, so geschah dies aus einer einzigen Überlegung: **Was wäre die Alternative gewesen?** Doch nur diejenige, wie Millionen Anderer schweigend wie die Lämmer in der Herde der politisch immer weiter an den Abgrund geführten Mitbürger einher zu trotten, sich allenfalls im Familienkreis, unter Freunden oder am Stammtisch zu beklagen und ab und zu in Leserbriefen oder – alle vier Jahre – bei Wahlen dem eigenen angestauten Unmut Luft zu machen.

Die letzte Alternative wäre, sich politisch völlig zurückzuziehen, gar auf sein Wahlrecht zu verzichten oder – allerletzte „Alternative“ – auszuwandern.

Spätestens dann aber erhebt sich die Frage: Wohin?

Nein, Auswanderung als Flucht vor hiesig bestehenden Verhältnissen macht keinen Sinn, denn das Grundphänomen ist in allen Ländern das gleiche: Parteien werden durch das politische System genährt, in dem sie entstanden sind, und wer als Politiker davon profitieren möchte, sollte sich nicht nur selbst möglichst systemkonform verhalten, sondern insbesondere dazu beitragen, daß das System insgesamt erhalten bleibt. Mit anderen Worten: Je systemkonformer ein Politiker denkt und handelt, desto mehr trägt er zur Verstetigung des System und der in ihm herrschenden Verhältnisse bei.

Im Folgenden finden Sie das erste Grundkonzept des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**, welches unter dankenswertem Einsatz von Fachleuten der einzelnen Fachbereiche erarbeitet wurde. Es erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit, noch muß es sich der Hybris zeihen lassen, endgültige und für alle Zeiten geltende Lösungen bindend vorzuschreiben oder auch nur anzubieten.

Die Verfasser unterwarfen sich schlicht der Aufgabe, ihre Gedanken, die Beweggründe für ihre Ziele und fundierte Alternativen zu bestehenden Problemen in schriftliche Formen zu gießen, um auf dieser Basis das kritische Bewußtsein der *politisch Mündigen* anzusprechen und die PolitikerInnen der heute in Bund und Ländern regierenden Parteien herauszufordern.

Ob und in welchem Maße dies gelingt, hängt zum einen davon ab, wie klar und verständlich wir unsere Gedanken in der Lage sind zu formulieren und diese dem generell politik-scheuen bundesdeutschen Wahlvolk zu unterbreiten. Zum anderen wird es davon abhängen, wie hoch das Maß resignativer Verweigerung unter den BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland bereits ist, wie bereit die Menschen in unserem Lande überhaupt noch sind, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen und aktiv in die Verhältnisse einzugreifen, die ihr eigenes Leben, ihre Zukunft und die ihrer Kinder und Enkel betrifft, mitzugestalten und sich zu beteiligen, statt nur noch teilnahmslos als Beobachter am politischen Wegrand zu verweilen.

Grundkonzept

Dieses Grundkonzept ist von der Hoffnung getragen, daß diejenigen Unrecht haben, die den Deutschen als *generell unmündigen politischen Mitläufer* charakterisieren. Es ist Ausdruck unseres Wunsches, daß möglichst viele Menschen in nachfolgenden Gedanken und Lösungsansätzen eine persönliche Herausforderung sehen, eine Basis für die Fortführung eigener Gedanken und eine Hoffnung dafür, der Zukunft nicht passiv/abwartend begegnen zu müssen, sondern die vor uns liegenden Jahrzehnte aktiv, interessiert und generell positiv gestimmt mitzuformen und kreativ mitzugestalten.

Einleitung

Ein Grundkonzept – dies impliziert schon der Titel – verfolgt nicht die Intention, bis ins letzte Detail erarbeitete Feinentwürfe anzubieten, vielmehr soll es auch Dritten gegenüber die generelle Strategie offenlegen, um die es dem **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** als politischer Interessenvertretung der Menschen in diesem Lande geht. Dabei muß es vor allem darum gehen, nicht einzelnen Bereichen des politischen Gesamtkonzeptes dominante Priorität einzuräumen, vielmehr ist ein *holistisches Gesamtkonzept* erforderlich, welches wiederum einen genuinen, komplexen Gesamtüberblick über all' die Bereiche erfordert, die ein politisches Gebilde wie die Bundesrepublik Deutschland ausmachen.

Wir, Gründer und Mitglieder des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**, waren uns nämlich darüber einig, daß wir nur dann eine Chance haben würden, Befürworter unserer Gedanken gewinnen zu können, wenn wir klar und deutlich herauszustellen vermochten, *was* wir ändern wollen und *wie* wir dies zu tun gedenken.

Nun kamen die Gründer des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** beileibe nicht aus dem politischen Nichts, vielmehr handelt es sich bei ihnen um Frauen und Männer unterschiedlichen Alters wie auch unterschiedlichen politischen Hintergrunds. Allen gemeinsam war jedoch die Einsicht, daß es für politische Änderungen in erheblichem Umfange und auf praktisch allen Gebieten höchste Zeit ist, sowie der feste Wille, hierbei aktiv – quasi als Vorbild für andere – mitzuwirken.

Ein (bei tieferem Nachdenken gar nicht überraschender) hoher Anteil der Mitbegründer des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** kommt aus dem Lager der mittelständischen Unternehmer, der Gewerbetreibenden und Freiberufler. Viele waren ehemals bei der *FDP* zu finden. Viele kamen jedoch auch aus der „roten“ oder „schwarzen“ Ecke des politischen Spektrums – reichlich enttäuscht über das, was ihnen vormals als „sozial“-politisch oder „christlich-sozial“ verkauft worden war.

Gerade dies verdeutlicht jedoch einen weiteren wichtigen Aspekt, der die Notwendigkeit der Gründung einer neuen politischen Bewegung wie des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** unterstreicht: Es geht nicht darum, den vermeintlichen politischen Polen – *Marktwirtschaft* oder *Sozialismus* – einen neuen, dritten gegenüber zu setzen. Es geht vielmehr um ein völlig neues politisches Denken, Planen und Handeln, welches nötig ist, um die Menschen – bei weitem nicht nur der Bundesrepublik Deutschland oder Europas – in eine sichere Zukunft zu führen.

Es geht uns vor allem um die Sicherung des *Friedens*, die *Freiheit des Individuums*, *Wohlstand* und *Lebensqualität* sowie die Einbindung aller Menschen – gleich welchen Geschlechts, Alters oder Herkunft – in eine globale, von Interesse, Mitgefühl und Verständnis getragene Gemeinschaft auf diesem Planeten Erde.

Unterschiedlich zu Parteien und anderen Organisationen, die sich ein derartiges Credo auf die Fahnen geschrieben haben, sind nur die Wege, die wir zur Erreichung dieses globalen Ziels als notwendig beschreiben und als gangbar zu belegen versuchen.

Schon vom Äußerlichen unterscheidet sich dieses Grundkonzept z. B. erheblich von den Grundsatzprogrammen bundesdeutscher Parteien, die Sie (vielleicht) bisher gelesen haben.

Wir haben auf die typische „systematische“ Gliederung in einzelne Teilbereiche und diesen dann untergeordnete Punkte verzichtet, da schon eine derartige Systematisierung u.E. irreführend, sinnwidrig und deshalb unzweckmäßig ist. Es gibt nämlich faktisch keinen Bereich eines Staatswesens, der – losgelöst von anderen Bereichen – für sich alleine stehen kann oder abgehandelt werden könnte oder dürfte. So wirken in die *Verkehrspolitik* zweifellos auch die Belange *Umwelt*, *Natur* und Fragen der *Wirtschaftspolitik* mit ein, in besonderem Maße jedoch die *Finanzpolitik* (oftmals sogar sowohl die der Kommunen und Länder als auch des Bundes).

Grundkonzept

Wer hier dialektisch sortieren zu müssen meint, vernebelt bereits in seinem Grundkonzept den *Blick für das Ganze*.

Im übrigen meinten wir, daß es für den Leser dieses Grundkonzepts (vor allem für Menschen, die zum ersten Mal ein derartiges Konzept in Händen halten) angenehmer und kurzweiliger ist, grundsätzliche Gedanken in einem Fluß zu konsumieren.

In derartigen Grundkonzepten ist sehr oft von *neuen Zielen* und *anderen Wegen* die Rede. Allzu häufig mißbrauchte Begriffe wie z.B. „*liberal*“ und „*revolutionär*“ ziehen sich dann durch den Text wie spitze Steine in einer Sandwüste.

Davon wird mancher Leser gleich von vornherein abgehalten, andere schließen daraus – oftmals vorurteilig – sie *wüßten schon, um was es dabei geht*. Allen Vorurteilen sind damit Tür und Tor geöffnet.

Wir legen deshalb Wert darauf, noch einige Gedanken hierauf zu verwenden:

Der Weg der Menschheit in die Zukunft kann unter verschiedenen Aspekten gesehen werden. Für den einen stehen wirtschaftliche, für den anderen mehr technische Chancen, Risiken oder Notwendigkeiten im Vordergrund. Mancher mag sozialpolitische Entwicklungen für wichtiger halten oder dem Naturschutz oberste Priorität einräumen.

Wir meinen, daß wir lernen sollten, uns von einer derartigen *singulären Priorität* vollkommen zu lösen. Insofern muß ein Grundkonzept, das einerseits möglichst viele Menschen zur Mitarbeit auffordern möchte, andererseits sich nicht zum Büttel irgendeiner „Denke“ oder Lobby machen will, möglichst *ganzheitlich sein*. Vielleicht steckt darin sogar das *revolutionärste Element* des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**. Gerade die überspitzte Einzel„*wert*“betrachtung verschiedener Bereiche unseres Lebens, z.B. der Wissenschaften, hat die Menschheit und diesen Globus in das Dilemma geführt, aus dem jeder einen Ausweg wünscht und keiner so recht weiß, wie dieser zu finden und zu bewerkstelligen ist.

Wir meinen, daß die Lösung nahezu aller uns für die Zukunft ins Haus stehenden Probleme nur dann und insoweit zu verwirklichen ist, wie wir lernen, *ganzheitlich* – das bedeutet auch (und buchstäblich) *in Einheit mit der uns umgebenden Natur* – zu leben, d.h. zu *denken*, zu *fühlen* und zu *handeln*. Das wiederum bedeutet notwendigerweise, daß niemand ob seines Geschlechtes, Alters oder Nationalität, seines Berufes oder seiner Ausbildung menschlich weniger oder mehr wert ist.

Nicht hingegen bedeutet es, daß – wie dies so oft leichtfertig posaunt wird – „*alle Menschen gleich*“ seien; gerade in der Vielfalt der Menschen (wie auch der gesamten übrigen Natur) liegt ja einerseits die Buntheit unserer Welt, zum anderen bietet gerade die *Unterschiedlichkeit* der Menschen, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten, ihrer Ideen und Gedanken, ihres Ursprungs und ihrer Lebensweise uns allen die Chance, diese Fähigkeiten, dieses Wissen und die damit verbundenen Möglichkeiten im Sinne und zum Wohle aller einzusetzen. Recht einleuchtend: Wären wir tatsächlich alle *gleich*, so böte dies dem außenstehenden Betrachter eine reichlich langweilige Szenerie.

Folgt man diesem Gedanken, so stellt sich jedoch auch heraus, daß schon die Forderung nach genereller *Gleichbehandlung* reichlich unsinnig ist. So hat jeder Mensch bereits bis zum Eintritt in das Schulleben derart unterschiedliche Erfahrungen gemacht und Einflüsse erfahren, daß bestimmte Interessen und Anlagen einen universell-gleichen Schultyp und Ausbildungsgang schlechterdings unmöglich machen, will man den Einzelnen nicht – im Sinne einer Gleichmacherei – körperlich, geistig und seelisch vergewaltigen. Entsprechend sinnvoll ist es aber dann, vorhandenen Potentialen jede nur mögliche Weiterentwicklungschance zu bieten, d.h. den Individualitäten jedes Einzelnen möglichst breiten Raum zu geben, statt alles über den berühmten „Kamm zu scheren“.

Grundkonzept

Es mag für ein Grundkonzept schwierig, mutmaßlich sogar anmaßend sein, derartige philosophische und psychologische Aspekte einzubeziehen.

Wir sind jedoch der Überzeugung, daß gerade Philosophie und Psychologie *die* Basis sind, auf der und aus der heraus alle weiteren Gedanken zu einzelnen Themenkreisen, die es zu berücksichtigen und für die es eine Alternative zu schaffen gilt, entstehen. Wer nicht bereit ist, diese Basis bei sich selbst zu entwickeln, tritt – entsprechend angepaßt und ohne die Chance auf eine Selbstverwirklichung – mit der berühmten „Masse“ durchs Leben. Entsprechend muß jeder politisch aktive Verein, der nicht im Selbstzweck erstarren will und der sich auf die Fahnen geheftet hat, daß es ihm um den Menschen an sich geht, auch dafür einstehen, die Individualität jedes einzelnen Menschen in den Mittelpunkt seiner Arbeit, seines Denkens und Handelns zu stellen.

Dies muß *der Weg* und *das Ziel* einer politischen Bewegung sein, die dem Einzelnen wie auch den Menschen insgesamt eine Chance für eine den Bedürfnissen und Herausforderungen der Zukunft entsprechende Lebensführung eröffnen und anbieten möchte. All dies mag Vielen sehr weit gegriffen, vielleicht geradezu *revolutionär* erscheinen, doch genau das ist es, was wir dringend für nötig erachten und – beileibe nicht nur in Deutschland – bei den politischen Parteien vermissen.

Ein Letztes: Dieses Grundkonzept will niemanden ausgrenzen. Darin liegt jedoch gleichzeitig auch das Problem; wer für Jung und Alt, hoch-gebildet oder bislang weniger intellektuell befaßt, Menschen aller Berufsgruppen und Herkunft ein gleichermaßen verständliches Grundkonzept verfassen möchte, sieht sich dem Versuch der Quadratur des Kreises ausgesetzt.

Sehen Sie uns deshalb bitte nach, wenn wir nicht in allen Belangen und jedem Satz Ihre persönliche Dialektik treffen können. Wir haben versucht, uns allgemeinverständlich auszudrücken, gleichzeitig wollten wir aber auch die politisch schon etwas Versierteren anrühren und fordern. Nehmen Sie deshalb bitte nachfolgende Gedanken als einen wenngleich unvollständigen und ständiger künftiger Veränderung unterworfenen Versuch, notwendige Veränderungen einzuläuten, bevor die Verhältnisse noch problematischer und Lösungen noch schwieriger (und teurer für uns alle) werden.

Signalisieren Sie uns sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung. Fühlen Sie sich aufgerufen zur Diskussion wie auch zu Gegenvorschlägen. Diskutieren Sie die Inhalte des nachfolgenden Grundkonzepts mit möglichst vielen Menschen. Seien Sie – dies vor allem – aktiv.

Mit herzlichem Dank für Ihr Interesse und allen guten Wünschen

PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.

– der Vorstand –

Grundsätzliches

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** bekennt sich als politische Bewegung klar und eindeutig zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, was nicht ausschließt, daß dieses in mancherlei Punkten zu ergänzen wäre und mancher Artikel einer Neufassung bedürfte. *Pars pro toto* seien hier die Artikel 14 und 143, Abs. 3 (Beseitigung der doppelten Eigentumsordnung, „Bodenreform“ u.a.), Artikel 24 (Euro-Einführung, Übertragung von Hoheitsrechten an die EU etc.), Artikel 16, Abs. 2 (Asylrecht für politisch Verfolgte, Zuwanderungsgesetz und der Leistungskatalog für Asylbewerber) sowie Artikel 146 des Grundgesetzes (Ablösung der bisherigen verfassungsmäßigen „Übergangslösung“) genannt. Höchst bemerkenswert – und sicherlich nicht länger hinnehmbar – ist auch, daß diejenigen im Grundgesetz am wenigsten Berücksichtigung und Schutz durch klare Gesetze finden, die von keiner Lobby vertreten werden und sich selbst noch nicht artikulieren können – *unsere Kinder!*

Das bislang gültige Grundgesetz ist nach dem 2. Weltkrieg als „Notprogramm“ geboren worden, wofür seinen „Vätern“ sicherlich hohes Lob zu zollen ist. Niemand hätte damals auch für möglich gehalten, daß dieses „vorläufige“ Grundgesetz über 70 Jahre Gültigkeit bewahren sollte. Ein heute völlig anderes politisches Umfeld und der bereits 1949 klar geäußerte Wille, *nach der Wiedervereinigung* ein tatsächliches, langfristig-gültiges Grundgesetz zu erarbeiten, sollten nun realiter ihre Erfüllung finden, auch wenn dem manche Politiker aus machtpolitischen Erwägungen im Wege stehen.

Klar geregelt werden sollten in einem derartigen, neu zu erarbeitenden Grundgesetz auch die Rechte und Pflichten der gewählten Volksvertreter sowie der *Wahlmodus* selbst. Es darf nicht angehen, daß „der demokratische Rechtsstaat zur Beute der etablierten Parteien“ (*Altbundespräsident Richard von Weizsäcker*) wird. Grundgesetzlich auszuschließen ist, daß weniger als 2% aller Bürger diesen Staat und seine Legislative beherrschen. So sind an Parlamentskandidaten höhere Anforderungen als bislang zu stellen. Der „Berufspolitiker“ heutiger Couleur, der außer seinem Willen zur Macht und seiner Fähigkeit, sich innerhalb einer Partei nach oben zu dienen, keinerlei Qualifikation zu bieten hat, muß endgültig der Vergangenheit angehören. Die heutige Dominanz der Beamten und öffentlich-rechtlichen Angestellten in sämtlichen Parlamenten auf Bundes- und Länder- bzw. Kommunalebene muß einer paritätischen Verteilung und verantwortlichen Mitwirkung der unterschiedlichen Berufsgruppen weichen.

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** plädiert dafür, daß Abgeordneter nur derjenige werden kann, der zuvor in einem ausgeübten Beruf entsprechende Lebenserfahrung gesammelt hat – eine klare Absage an heute übliche „Partei-Berufspolitiker“-Karrieren (Jugendorganisation, Orts-, Kreisverband, Parteiamt, Staatssekretär, Minister bzw. Statthalter in einer öffentlich-rechtlichen Institution/Stiftung o.ä.). Zudem sollten über Wahllisten gewählte Abgeordnete höchstens zweimal hintereinander gewählt werden dürfen, während auf dem Wege über ein Direktmandat gewählte Abgeordnete von dieser Einschränkung freibleiben sollten. Lesen Sie hierzu unser *Plädoyer für ein alternatives Demokratie- und Rechtskonzept*, in dem die Umsetzung einer Demokratie „von unten nach oben“ im Sinne einer Delegatiokratie, wie wir sie uns heute vorstellen, beschrieben ist.

Was vielen Bürgern dieses Landes gar nicht bewußt ist: Die Bundesrepublik Deutschland steht völkerrechtlich bislang noch in einer Art „Waffenstillstand“; ein völkerrechtlich gültiger *Friedensvertrag* wurde bislang nicht geschlossen. Dies sollte ehestmöglich und in aller Form endlich erfolgen.

- Freiheit

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** sieht sich in seinen Grundsätzen und seiner Arbeit allen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, die in der Freiheit des Menschen und der Achtung der Freiheit des Mitbürgers sowie dem Schutz derer, die zu eigenem Schutz noch nicht/nicht mehr fähig sind, ein humanistisches Ideal sehen.

Für den **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** endet die Freiheit jedes Einzelnen dort, wo die Freiheit eines Anderen eingeschränkt wird. Dies bezieht sich auf alle Bereiche des täglichen Lebens, der politischen Verantwortung, der körperlichen Unversehrtheit, der geistigen und wirtschaftlichen Fähigkeiten und deren Förderung, der sozialpolitischen Verantwortung sowie des Umgangs untereinander mit der entsprechenden Achtung vor der Würde des Mitmenschen, aber auch seine Einbindung in Natur und Umwelt.

- Achtung und Toleranz

Wenngleich die Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Fähigkeiten und Talenten ausgestattet sind, ist ihnen dennoch insoweit *generelle Chancengleichheit* zu garantieren, als kein Mensch wegen seiner Herkunft oder Hautfarbe, seines Alters, Geschlechts oder seines Berufes höher- oder minderwertiger einzustufen und zu behandeln ist.

Ebenso plädiert der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** für die *klassenlose Gesellschaft*, d.h. der tatsächlichen *Gleichbehandlung* und *-berechtigung* von *Arbeitern, Angestellten* und *Beamten*.

- Verantwortung des Einzelnen in der Sozial- und Wirtschaftsgemeinschaft

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** plädiert für eine *vorausschauende Politik* der Notwendigkeit, des Möglichen und Machbaren. Es richtet sich jedoch eindeutig gegen die bestehenden Auswüchse der Verwaltungs- und Gesetzesflut, einen veränderungsfeindlichen Beamtenmoloch, die Vergesellschaftung des Einzelnen und die generelle Regulierung des gesamten Lebens jedes einzelnen Mitbürgers. Dementsprechend sind nicht nur die Rechte des Individuums wieder zu stärken und mehr individueller Kreativität Raum zu geben, vielmehr muß uns darum zu tun sein, die Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen zu wecken und – im Sinne und zum Wohle der Sozialgemeinschaft – einzufordern. Diesem Grundgedanken ist in der Sozial- und Rechtspolitik ebenso zu entsprechen wie in Bezug auf Bildung¹ und Lehre, Erziehung und Familie, Berufs- und Erwerbsleben, die Vorsorge für die Fährnisse des Lebens und des Alters, Umwelt- und Naturschutz, die Sicherung der Gesundheit, des Lebens und des Eigentums jedes Einzelnen.

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** plädiert im Rahmen der *Verantwortung des Einzelnen* innerhalb einer Sozialgemeinschaft für die Einführung eines „*sozialen Dienstes*“ für beide Geschlechter nach Vollendung des 18. Lebensjahres, um den Gemeinsinn zu fördern. Hierbei sollte jeder Bundesbürger entsprechend seinen Eignungen, individuellen Präferenzen (z.B. zukünftige Berufswahl) nach Möglichkeit wählen können.

Dem hemmungslosen Besitz- und Machtstreben des Einzelnen – Ausdruck eines völlig aus dem Ruder gelaufenen abendländischen Wertesystems – müssen Alternativen entgegengesetzt werden, die den Einzelnen wie auch alle Formen von Sozialgemeinschaften wieder auf der Grundlage humanistischer Traditionen und eines (mit)menschlichen Lebens zurückzuführen vermögen.

¹ Siehe hierzu unser „*Plädoyer für ein neues Bildungskonzept*“

Grundkonzept

Nicht die vermutete Leistungsfähigkeit des Einzelnen darf zur Grundlage der Verpflichtung zur Verantwortung – u.a. auch im Sinne der Besteuerung – führen. Vielmehr gilt es, die Leistungsbereitschaft des Einzelnen bereits in der Familie, in den frühesten Anfängen der Erziehung, in Schule, Ausbildung und Lehre in der Weise zu entwickeln, daß freiwillig erbracht wird, was als notwendig erkannt und verstanden wird.

Sozialpolitisch ist eine strikte Abkehr von der bisher geübten „Gießkannen“-Politik unverzüglich einzuleiten. *Kindergeld* oder *Wohngeld*, *Bafög*, *Stafög* und alle anderen Arten von Zuschüssen können und dürfen nicht mehr pauschal – quasi als „Wählerfalle“ – eingesetzt und verteilt werden, sondern ausschließlich bei Bedarf und dann in entsprechender Höhe.

Zu dieser reformierten Sozialpolitik gehört auch die rigorose Angleichung fehlbelegter Sozialwohnungen auf das in der freien Marktwirtschaft übliche Niveau, der (frei)zügige Umbau großer (Sozial-)Wohnungen ohne sinnwidrige und langwierige Auflagen sowie die Wahl für den Bürger, seine Vorsorge für die Fährnisse des Lebens privat und in Eigenverantwortung wahrnehmen zu können – als Alternative zur gesetzlichen Sozialversicherung und -vorsorge.

Die von Politikern häufig ins Feld geführte Behauptung, gerade die Vielzahl der Steuern und Gesetze gebe dem Staat die Möglichkeit, lenkend, leitend und ordnend dort einzugreifen, wo es eben gerade notwendig sei, geht bei näherer Betrachtung völlig ins Leere:

- Das Heer der Arbeitslosen wuchs beständig und unabhängig davon, welche Branchen Gewinne oder Verluste erbrachten.
- Die Besser- und Bestverdienenden in unserem Lande zahlen mit ca. 32 % ihres Einkommens durchschnittlich genau denselben Steueranteil, wie der in Brot und Arbeit stehende Durchschnitts-Erwerbstätige. Schon dies beweist die Chimäre der „sozial ausgleichenden Gerechtigkeit unseres Steuersystems“ nachhaltig.
- Seit mehr als einer Generation erweist sich, daß tatsächlich die Reichen immer reicher, die Armen jedoch immer *zahlreicher* werden. Dem könnte durch ein völlig anderes Steuer-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialsystem Rechnung getragen werden (siehe Anhang). Damit würden auch diejenigen motiviert, ihr Vermögen in Deutschland einzusetzen, die heute ins Ausland flüchten.

Im Klartext

Oberstes Ziel einer Reformierung des Staates, der Wirtschaft, der gesamten Sozialgemeinschaft, des Erziehungs- und Bildungswesens, aber auch der Justiz – der Gewährung von Schutz für Schwache, Hilfsbedürftige und Kranke wie auch der Sozialgemeinschaft gegenüber denjenigen, die ausschließlich zu ihrem eigenen Vorteil handeln – muß sein: ***So viel Staat wie nötig, und so wenig Staat wie möglich.***

Diesem Grundgedanken muß auch in sämtlichen Einzelbereichen, die ein Staatswesen ausmachen, Rechnung getragen werden.

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** plädiert in diesem Zusammenhang für die generelle *Abschaffung des Berufs-Beamtenums* sowie die *Egalisierung des bisherigen Mehr-Klassen-Systems*, d.h. die Abgrenzung zwischen Arbeitern, Angestellten, öffentlich Bediensteten, Beamten und Beamten mit Sonderstatus. Vielmehr sollte nur noch zwischen Selbständigen (Gewerbetreibende und Freiberufler), nicht-selbständig Tätigen sowie Erwerbslosen (Kinder, Schüler, Studenten, Rentner, Pensionäre und Arbeitslose) unterschieden werden.

Der völlig aus dem Ruder gelaufene Verwaltungs- und Gesetzesdschungel ist schnellstens und in großem Stile den Erfordernissen eines modernen, „schlanken“ Staates anzupassen. Wo Regelungen und Durchführungsbestimmungen den Sinn vernünftiger Kontrollierbarkeit verloren haben, werden auch die davon originär betroffenen Sinnelemente ad absurdum geführt und laden nachgerade zum Mißbrauch ein, statt daß – wie eigentlich beabsichtigt – dadurch ein Ausgleich geschaffen und Ungerechtigkeiten vermieden werden.

Die gesamte Bürokratie – kommunal, regional, auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene – sollte im heutigen ‚Zeitalter der Technik‘ auf ein Minimum zurückgeführt werden.

- Die Aufgaben eines (modernen) Staates

Angelegenheit des Staates (und damit hoheitliche Aufgaben) sollten ausschließlich sein:

- a) **Die Verteidigung** der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Teilgebiete gegen Feinde von innen und außen.
- b) **Das Steuerwesen:** Hierzu wird auf das bereits 1978 erarbeitete **Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept** des „Vorgänger-Vereins“, des „*Deutschen Bundesverbandes für Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik (DBSFS) e.V.*“ verwiesen – eines der maßgeblichen Konzepte des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**, zu dem auch eine Neuordnung der Sozialpolitik, der sozialen Vorsorge und Fürsorge gehört, die unter dem generellen Leitgedanken steht: *So viel Eigenverantwortung wie möglich und so wenig staatliche Kontrolle und Fürsorge wie (wirklich) nötig!*

In diesem Bereich sind die vom **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** geforderten Reformen wohl die revolutionärsten und einschneidendsten. In angemessener und verständlicher Kürze seien diese wie folgt dargestellt:

- Sämtliche bisherigen Steuern werden aufgehoben. Dies betrifft auch Verordnungen, die ursprünglich als *zeitlich begrenzt* eingeführt wurden, inzwischen jedoch längst dauerhaften Charakter und damit den Status von Steuern „erworben“ haben.
- Privatisiert und in die Eigenverantwortlichkeit der Bürger rückübertragen wird alles, was nicht den bereits genannten (auch künftig hoheitlichen) Aufgaben entspricht: *Verteidigung* (inkl. der Judikative), *Verwaltung* und *Steuerwesen*. Dazu gehört auch, daß grundsätzlich jeder Bürger selbst bestimmen kann, ob er die Vorsorge für die Fähnrisse des Lebens – Krankheit und Alter, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit etc. – privat absichern oder sich dazu einer öffentlich-rechtlichen Sozialvorsorge bedienen möchte. Jeder Bürger ist jedoch verpflichtet, sich für die eine oder andere Möglichkeit zu entscheiden.
- Abgeschafft werden auch sämtliche *Zusatzleistungen* – privatwirtschaftlicher oder öffentlich-rechtlicher Art –, wie z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld, 13./14. Gehalt und sämtliche andere Donationen. Leicht nachweisbar ist nämlich zum einen, daß diese beileibe nicht als *soziale Errungenschaften* gewerkschaftlicher Tätigkeit anzusehen sind, vielmehr verzerren sie das Konkurrenzgefüge – vor allem zwischen großen Unternehmen und dem Mittelstand, der damit unverhältnismäßig höheren Belastungen ausgesetzt ist als Großbetriebe.

Zum anderen haben diese *Zusatzeinkünfte* einen hohen inflationären Charakter gewonnen, der von den Unternehmen natürlicherweise in den Preisen seinen Niederschlag findet, worunter nachgerade sozial Schwächere bedeutend mehr zu leiden haben als Besser- und Bestverdiener. Gerade im Zusammenhang mit den folgenden Gedanken des vom **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** vertretenen „*Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzeptes*“ macht dies leicht nachvollziehbar Sinn.

Grundkonzept

- Das gesamte Steueraufkommen resultiert aus einer fünffach gestaffelten *Konsumsteuer*:
 - α) Mit einer Konsumsteuer von 0% werden belegt: Alle Grundgüter, sämtliche Vorsorgeaufwendungen, Girokonten und Hypothekenkredite, Erbschaften, Schenkungen und Spenden an gemeinnützige Organisationen (zu denen künftig auch Schulen und Lehrbetriebe gehören sollen).
 - β) Mit einer 20%-igen Konsumsteuer werden belegt: Normalgüter, Risiko-Kapitalbeteiligungen, Privatkredite, Spenden an Parteien und Gewerkschaften, freiwillige Arbeitgeberzuwendungen an ihre Arbeitnehmer.
 - γ) Mit einer 40%-igen Konsumsteuer sind belegt: Gehobene Güter.
 - δ) Mit einer 60%-igen Konsumsteuer werden belegt: Luxusgüter.
 - ε) Sonder-Regulierungs-Steuer von x%, die bei der Produktion, Distribution, dem Verbrauch und der Entsorgung ökologisch oder gesundheitlich schädlicher Güter – z.B. fossile und Kernbrennstoffe, Elektroschrott, nicht-abbaubarer Verpackungsmüll u.ä. – angewandt werden.

Da (s.o.) durch den Wegfall aller bisherigen Steuern (sowohl für natürliche wie juristische Personen) die Produktionskosten aller Güter sowie die Kosten für Dienstleistungen, Handel, Tourismus und Distribution um jeweils 40 - 60% sinken, würde dies dazu führen, daß selbst Luxusgüter inkl. einer 60%-igen Konsumsteuer ausnahmslos billiger würden, als dies heute der Fall ist. Vor allem würde dies jedoch dazu führen, daß gerade die *Grundgüter* und die *Normalgüter* überproportional billiger würden – worin sich ein höchst sozialer und ausgleichender Effekt zeigen würde.

Dahinter steht der Gedanke, daß gerade die Güter der unteren beiden Klassen bei sozial- und finanzschwächeren Personen/Familien bisher überproportional auf das monatliche Budget schlagen, bzw. anders herum bei einer hier vorgeschlagenen Reform des *Steuer- und Wirtschaftssystems* sozial schwächere Personen in besonderem Maße entlastet würden.

Diesem Konzept des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** liegt aber auch der Gedanke zugrunde, daß der Staat seine Bürger nicht nach deren potentieller Leistungsfähigkeit besteuern sollte – vor allem nicht im Hinblick auf die zunehmende Globalisierung der Märkte, die Möglichkeiten, in steuerlich günstigere Nachbarländer auszuweichen und über Tochterfirmen Gewinne ins Ausland zu verlagern, während Verluste innerhalb der bundesdeutschen Grenzen „sozialisiert“ werden. Vielmehr sollte sich die Höhe der Konsumsteuer danach richten, was der Einzelne an Leistungen von der Sozialgemeinschaft abrufen und für sich in Anspruch nimmt. Genau in diesem Punkt liegt der vornehmliche sozialpolitische Reformansatz des *Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzeptes* des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**

Binnen kurzer Zeit könnten o.g. Prozentsätze sogar auf 15% bzw. 30% und 50% abgesenkt werden, wenn nämlich der bislang existierende Beamtenmoloch, die subventionistische Verschwendung und andere „Altlasten“ abgebaut werden.

Der Staat darf sich auch nicht zum Büttel und Interessenwahrer singulärer Partikularinteressen (Lobbys, Verbände, Kirchen etc.) machen. Dies betrifft z.B. die Zwangsmitgliedschaften in der *IHK* und der *HWK* (Handwerkskammer) für jeden, der ein Gewerbe unterhält, wie auch die noch immer auf das Konkordat von 1937 zurückzuführende Zwangsbesteuerung sowie die Verwaltung und großzügige Privilegierung der beiden christlichen Kirchen. Alleine dadurch, daß es z.B. den Kirchen selbst obliegt, Steuern in Form von Mitgliedsbeiträgen ihrer Angehörigen einzutreiben und zu verwalten, sowie durch den Wegfall der den beiden Konfessionen gewährten Steuervorteile blieben dem Staat

Grundkonzept

Milliarden an direkten und indirekten Steuerlasten (bzw. -subventionen) erspart. Die staatliche Eintreibung und Verwaltung der Kirchensteuer ist unverzüglich aufzuheben.

Der Bundesrechnungshof ist mit klaren Kompetenzen auszustatten, die auch *Regreßmöglichkeiten*, d.h. die Möglichkeit der *Amtsanklage* bei Verschwendung öffentlicher Gelder, beinhalten.

Wir fordern eine konsequente Anwendung des *Verursacherprinzips* in der gesamten Wirtschaft – auch für die Organe des Staates.

Hierzu bieten wir das
„**Plädoyer für ein neues Steuer-, Wirtschafts- und Sozialkonzept**“ an.

- c) **Justiz und Verwaltung:** Das föderale System in der Bundesrepublik Deutschland und seinen Ländern soll keineswegs aufgegeben werden. Gestärkt werden soll jedoch die *kommunale Selbstverwaltung* sowie die hoheitliche Verantwortlichkeit der einzelnen Bundesländer. Bundespolitisch soll die Verwaltung im Sinne einer kooperativen Interessengemeinschaft funktionieren – nicht mehr und nicht weniger –, wie es dem originären Begriff einer *Bundesrepublik* eigentlich entspricht.

Im Sinne der Gesundung des Staatshaushaltes durch eiserne Sparsamkeit ist auch vom heute geübten „Prinzip“ *übertriebener Repräsentation* abzurücken. Sämtliche *steuerfreien Bezüge* haben zu entfallen. Öffentlich-rechtlich Angestellte sowie Beamte und Politiker haben Nebeneinnahmen aufzudecken. Verwaltungsgesetze und -vorschriften sind auf ein Minimum zu beschränken, und innerhalb der Verwaltung muß eine (in der gesamten übrigen Wirtschaft gängige) *Kostenrechnung* eingeführt werden. Die heute noch übliche öffentlich-rechtliche *kameralistische Buchführung* ist endgültig abzuschaffen.

Dem Staat ist ein ausreichendes Budget zu gewähren, damit dieser zum einen seinen hoheitlichen Aufgaben nachkommen kann, zum anderen soll damit sichergestellt werden, daß auf Landes- und Kommunalebene ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um Bedürftige, Kranke, Alte und sonstiger Hilfen bedürftende Mitmenschen ausreichend und in sozialer wie humaner Form betreut und versorgt werden können.

Aufgabe des Staates und seiner Organe darf und kann nicht sein, sich immer mehr Einnahmen zu sichern, um dann mit einem immer weiter aufgeblähten öffentlich-rechtlichen Finanz- und Verwaltungsapparat Unsummen zu verschwenden – vornehmlich durch die Versorgung der eigenen Klientel.

Was immer privat möglich und (zumeist weit billiger) finanzierbar ist, soll nicht öffentlich-rechtlich erledigt, verwaltet und hoheitlich beansprucht werden.

Der Staat insgesamt hat sich als Unternehmen, genauer gesagt als ein sozial-, wirtschafts- und finanzpolitisch effizientes und transparentes *Dienstleistungsunternehmen* zu verstehen.

Hierzu bieten wir das
„**Plädoyer für ein neues Demokratie- und Rechtskonzept**“ an.

Sämtliche anderen Bereiche – dies betrifft auch das Bildungs- und Erziehungswesen, Lehre und Forschung, Post- und Bahnwesen etc. – sollen (und können) weitgehend privatwirtschaftlich erledigt und sichergestellt werden.

Dies betrifft auch bislang öffentlich-rechtliche Dienstleistungsunternehmen wie den sozialen Wohnungsbau, den Straßenbau sowie das Transport- und Kommunikationswesen und andere bislang öffentlich-rechtliche „Dienstleistungs“-Unternehmen.

- Kinder und Jugendliche

Der *Schutz des Kindes* ist – was im bisherigen Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland leider völlig verabsäumt wurde – als eines der höchsten Güter anzusehen und entsprechend sicherzustellen. Daß die allermeisten Probleme, die Menschen in ihrem Leben haben, nicht durch genetische Manifestationen verursacht und determiniert werden, sondern Langzeit-Auswirkungen derjenigen Prägungen sind, die das Kind in körperlicher, geistiger und seelischer Form bereits in jungen Jahren erfährt, ist inzwischen – weit über die Grenzen der Psychologie und Psychotherapie hinaus – intellektuelles Allgemeingut. Leider wird diesem *Wissen* jedoch in praxi noch in keiner Weise entsprochen; weder in der Politik (Familienpolitik, Schule und Bildung, Justiz- und Sozialpolitik) noch im Basiswerk unserer Demokratie, dem *Grundgesetz*. Zwar wird die *Familie* (hier sind vornehmlich die *Eltern* gemeint, kaum jedoch die *Kinder*) als „*kleinste Zelle des Staates*“ unter den besonderen Schutz des Gesetzgebers gestellt, in Wahrheit jedoch ist die *Familie* ohne Lobby im deutschen Bundestag (das Familienministerium hat traditionell jeweils nur Alibi-Charakter), und gerade die Schwächsten und Wehrlosesten in unserer Gesellschaft – die Kinder – werden sträflich vernachlässigt. Daß Kinder jedoch die Zukunft jedes Staatswesens darstellen, ist Politikern augenfällig völlig unbekannt und wird von der Gesellschaft vollends negiert. So sollten wesentlich mehr Hilfen denjenigen Eltern angeboten werden, die – in eigentlich notwendiger Weise – nicht nur *biologische* Eltern, sondern auch *pädagogische* Wegbegleiter ihrer Kinder sein bzw. werden wollen.

Wir sollten uns – dies ist die feste Überzeugung des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** – darüber klar werden, daß – verzeihen Sie diesen philosophischen Ausflug – Kinder wie *Blätter im Wind* sind. In welchen Garten, in welche Umwelt sie „geweht“ werden, *wo* sie Fuß fassen und knospen, wachsen und blühen werden, bestimmen *wir*. Wer darüber nicht nachzudenken und darauf keine Rücksicht zu nehmen bereit ist, muß sich nicht wundern, wenn in seinem „Garten“ – Synonym für unsere Gesellschaft – Unkraut zu wuchern beginnt und (geistig wie seelisch) verkrüppelte Kreaturen entstehen. Darüber dann später zu klagen, ist reichlich unsinnig und in jedem Falle zu spät.

Vor allem jedoch müssen Straftaten, die gegen das Leben oder die Gesundheit von Kindern gerichtet sind (Gewalt, Entführung und Unzucht, auch wenn diese ohne Anwendung von physischer Gewalt erfolgt), als Kapitalverbrechen eingeordnet und entsprechend geahndet werden. Der bisherige *Täterschutz* muß einem kategorischen *Opferschutz* weichen.

Es ist ein breites Angebot an Kindertagesstätten, Kindergärten und -horten, Lernzentren und Jugend-Freizeitheimen – getreu dem Motto: *Lieber JFHs² statt JVA³* – zu schaffen. Sowohl zur pädagogischen Unterstützung wie auch zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen sind *Jugendberater* und *Jugendobmänner/-frauen* innerhalb der Sozialberufe einzuführen. Die bisherige Beschränkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im geltenden Grundgesetz auf nur einen Satz (innerhalb des Artikels 6 GG) ist ebenso beschämend wie die Tatsache, daß in der Bundesrepublik die Zahl der Mitglieder in Tier(schutz)vereinen einhundertmal höher liegt als die der Kinder(schutz)vereinigungen.

Das Schulwesen ist in der Weise zu reformieren, daß bereits in den Grund- und Hauptschulen Fächer zu integrieren sind, die den wirklichen Bedürfnissen in einem modernen Leben entsprechen. Hierzu gehören neben den Grundfächern *Deutsch, Lesen, Schreiben* und *Rechnen* auch *Geschichte, Sozialkunde, Ökonomie und Ökologie, eine erste Fremdsprache* und *Rhetorik* sowie *Musik, Sport, Geographie, Gesundheitslehre* und *Ethik*.

² FH: Jugendfreizeitheim

³ JVA: Justizvollzugsanstalt

Das Problem des „versteckten“ (funktionalen) Analphabetismus⁴ – d.h. Menschen, die zwar ehemals lesen und schreiben gelernt haben, diese Fähigkeiten jedoch über die Bedürfnisse der Hauptschule hinaus nie praktiziert haben und deshalb im Erwachsenenleben oftmals nicht einmal in der Lage sind, einen Brief zu schreiben oder einigermaßen verständlich zu kommunizieren – ist in allen Industrienationen bekannt, wird jedoch schamhaft verschwiegen. Wie sehr gerade dies als Belastung und den eigenen „Wert“ mindernde Schwäche empfunden wird, wissen Verhaltenspsychologen nur allzu gut.

Spätestens in den Sekundarschulen (Realgymnasien) sind die Fächer *Biologie*, *Chemie* und *Physik*, *Wirtschaft*, eine *zweite Fremdsprache*, praktische *Kommunikation* sowie *Humanismus* in den Lehrplan aufzunehmen.

In Gymnasien ist außerdem eine *dritte Fremdsprache* als Pflichtfach einzuführen sowie *Soziologie*, *Kulturgeschichte*, *Philosophie* und *Psychologie*.

Kein Mensch kann guten Gewissens heute noch von einem „Reifezeugnis“ sprechen, wenn lediglich in drei oder vier Pflichtfächern ein zwar tiefes, aber höchst spezialisiertes Fachwissen nachgewiesen wird. Letztlich ist auch das Universitätsstudium in der Form zu reformieren, daß neben dem spezifischen Studienfach global angelegte, allgemein bildende Wahl-Pflichtfächer anzubieten sind. Außerdem soll – im Sinne größerer Praxisnähe – zu jedem Universitätsstudium mindestens ein *praktisches Semester* pflichtmäßig gehören.

Hierzu verweisen wir auf das ausführliche „*Plädoyer für ein neues Bildungskonzept*“. Ein Gedanke dieses alternativen Bildungskonzeptes ist die Einführung eines „*Lebens-Bildungskontos*“, das jeder Mensch ab Geburt erhält und lebenslang nutzen kann. Die „*Währungseinheit*“ für dieses *Bildungskonto* lautet auf „*Paed*“⁴ – in Anlehnung an das Wort *Pädagogik*⁵. In „*Paed*“ werden nun alle „*Bildungseinheiten*“ abgegolten, die der Mensch im Laufe seines Lebens in Anspruch nimmt – vom Staat als soziale Leistung zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der jedem Menschen zustehenden „*Paed*“ müßte dabei so ausreichend bemessen sein, daß sich der *Bildungsbereite* sehr wohl auch leisten kann, Neigungen und Interessen entsprechende *Bildung* in Anspruch zu nehmen, die vielleicht nicht gerade dazu angetan sind, sein Einkommen zu erhöhen oder sein Prestige zu fördern. Warum soll es z.B. nicht möglich sein, sich in der antiken Kunst bilden zu lassen, Holzschiffe nur mit natürlicher Vernunft (also ohne Nägel) zu bauen?

Dieses *Bildungskonto* ist nicht übertragbar, es begleitet also den Menschen während seines ganzen Lebens. Es steht nur ihm persönlich zur Nutzung zur Verfügung, und er ist auch niemandem Rechenschaft dahingehend schuldig, ob er es zur Gänze nutzt, wofür er es verwendet und wann er sich dessen bedient.

Schulen und Universitäten sind – unter Aufsicht und Kontrolle des jeweiligen Bundeslandes – als private Unternehmen zu führen, die dementsprechend auch unter dem Gesichtspunkt der Konkurrenz zu arbeiten haben. Hierbei sollte pro Schüler ein bestimmtes Budget festgelegt werden. Kinder von sozial schwächer gestellten Familien können jeweils kommunale oder Landes-Stipendien erhalten, die jedoch nach Art und Höhe unmittelbar an den jeweiligen Lernerfolg zu koppeln sind. Dies bedeutet nicht eine Rückkehr zu höherem *Schulstreß* und einer Dehumanisierung des Schüler-/Studentenlebens, vielmehr geht es um eine Verwirklichung des Gedankens, daß sich auch ein junger Mensch nur in dem Maße fördern lassen kann, wie er diese Förderung auch bereit ist, ernstzunehmen und sich damit einer Forderung an die eigene Lern- und Leistungsbereitschaft messen zu lassen in der Lage und willens ist.

⁴ als Singularitantum, wie z.B. *D-Mark*, *Wetter* oder *Gesundheit*

⁵ *Pädagoge* (griech.: *Spielgefährte*, *Wegbegleiter*, *Freund des Kindes*)

Daneben können auch zinsgünstige Darlehen vergeben werden, die jedoch dann auch wieder der Sozialgemeinschaft zurückzuerstatten sind. Immerhin bietet diese Studienförderung ja auch die Chance, höherwertige Arbeitsplätze und höhere Einkommen zu erzielen.

Die Klassenstärke ist gesetzlich auf maximal 20 Schüler pro Klasse festzulegen. Auch der erfahrene und best-ausgebildete Pädagoge ist nicht in der Lage, 30 und mehr Schülern wirkungsvoll – d.h. den Belangen, Voraussetzungen und Fähigkeiten der einzelnen Schüler in ausreichendem Maße – gerecht zu werden.

Der Beruf des Lehrers bedarf einer grundsätzlichen Aufwertung im allgemeinen Gesellschaftsleben. Wenn schon zumeist Eltern nicht in der Lage sind, pädagogisch wertvoll in der Erziehung vorzugehen, so kommt diese Aufgabe umso mehr den Lehrern zu.

Hierzu bieten wir das
„**Plädoyer für ein neues Bildungskonzept**“ an.

- Berufs- und Arbeitswelt

Die *freie Berufsausübung* für jeden Menschen soll lediglich von zwei Grundgedanken getragen sein:

- a) Jeder kann seinen erlernten Beruf bzw. sein Gewerbe zu jeder ihm genehmen Zeit ausüben. Bisher geltende Einschränkungen – z.B. Ladenöffnungszeiten, Sonntags-Berufsverbote oder andere Reglementierungen der freien Berufsausübung – haben generell zu entfallen. Arbeitnehmern und -gebern muß im Sinne *mündiger Gleichberechtigung* gestattet sein, sich über Form und Inhalt ihres Arbeitsverhältnisses selbst klar und einig zu werden. Die in früheren Zeiten sicherlich angebrachte Schutzfunktion des Staates und der Gewerkschaften für den ausgebeuteten Arbeiter hat in heutiger Zeit wahrlich keine Berechtigung mehr. Alle derartigen Versuche des Staates, bestimmter Interessensvereinigungen und Gewerkschaften, sich hierbei einzumischen, stellt heutzutage einen entmündigenden und sozial- wie wirtschaftspolitisch mehr hinderlichen als hilfreichen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Vertragspartner im Arbeitsprozeß dar.
- b) Alle Berufe, bei denen körperliche, geistige oder seelische Belange und Bedürfnisse berührt sind, dürfen nur von dazu ausgebildeten und dafür geeigneten Menschen ausgeübt werden. Dies betrifft (wie bereits bisher) die Berufe der Rechts- und Steuerberater, der Architekten und Mediziner jeglicher Fachrichtung, es soll künftig jedoch auch für die Pädagogikausbildung von Lehrern, Erziehern, Medizinern sowie Finanz-, Vermögens- und Wirtschaftsberater gelten, die in erheblichem Maße die wirtschaftlichen Belange sich ihnen anvertrauender Bürger fördern oder schädigen können.

Ausschließlich dem Zwecke dienend, Transparenz und Ehrlichkeit ins Wirtschaftsleben zu bringen, ist künftig auf eine klare Unterscheidung zwischen „*Beratern*“ und „*Verkäufern*“ abzustellen. *Beratung* impliziert zum einen die Unabhängigkeit desjenigen, der sich Berater nennt, zum anderen besteht zwischen dem zu beratenden Bürger und dem Berater ein Treueverhältnis besonderer Art, dem durch entsprechende Fachkompetenz und Vertrauenswürdigkeit in besonderem Maße Rechnung zu tragen ist. Dementsprechend dürfen sich Ein-Firmenvertreter aus allen Branchen nicht mehr mit der Bezeichnung *Berater* schmücken und/oder mit diesem irreführenden Begriff Werbung für ihre Tätigkeit betreiben.

Berater haben für ihre Beratung zu haften und deshalb eine umfassende *Berufshaftpflichtversicherung* abzuschließen, sofern sie selbständig tätig sind. Ansonsten sind sie als angestellte Berater in ihrer Tätigkeit abzusichern.

Die Festlegung der persönlichen Lebensarbeitszeit ist ein fundamentales, individuelles Recht jedes Menschen. Sie wird generell mit 50 Jahren festgelegt, wobei jeder Monat mit 0,167% des jährlich zu bestimmenden Durchschnitts-Rentenniveaus festgelegt ist. Dies ist maßgebend für diejenigen, die sich nicht für eine freiwillige Rentenversicherung, sondern stattdessen Pflichtbeiträge in eine öffentlich-rechtliche Sozialversicherung entrichten.

Grundsätzlich kann jedoch jeder so lange arbeiten, wie er will. Es steht also jedem Bundesbürger frei, unter Anrechnung etwaiger Minus- oder Pluszeiten seine Lebensarbeitszeit selbst festzulegen.

Zu den freiheitlichen Rechten jedes Bürgers, seine Arbeits- wie auch seine Lebensarbeitszeit selbst festzulegen, gehört auch, in freier Selbstverantwortung zu bestimmen, wie und in welcher Höhe er sich gegen die Fährnisse des Lebens (Berufs-/Erwerbsunfähigkeit, Krankheit, Invalidität und das Alter) absichert. Zwar muß – dies schon zum Schutze der Sozialgemeinschaft – eine generelle Absicherungspflicht bestehen, der Bürger hat jedoch die freie Wahl, ob er sich hierzu staatlicher Einrichtungen bedient oder ob er statt dessen seine diesbezüglichen Vertragspartner aus dem Kreis der privaten Anbieter wählt. Nachgewiesen werden muß jeweils eine entsprechende Mindest-Absicherung, in die auch weitere, zur Familie zählende Personen (Ehepartner, Kinder) einzuschließen sind. Hierzu zählt insbesondere die Frage der Altersversorgung und die der Gesundheitsvorsorge; es muß jedem Menschen selbst überlassen bleiben, sich (und seine Familie) – über eine gesetzlich vorgegebene Mindestgröße hinaus – bei einer Krankenversicherung seiner Wahl zu versichern. Auch in diesem Bereich hat das Modell der *gesetzlich vorgeschriebenen Kranken-/Renten-/Pflegekosten- und Arbeitslosenversicherung* höchst archaischen Charakter und sollte dringend in den Selbstverantwortungsbereich der Bürger überstellt werden.

- Bürger und Gesellschaft unter dem Schutz des Rechtsstaates

So sehr das Recht auf öffentliche Meinung einerseits und die Pressefreiheit andererseits als originäre Güter einer freiheitlichen Demokratie anzusehen sind, so wenig vereinbar ist mit den Gedanken eines humanistischen Staatswesens, daß Täter von dritter Seite Vermögen für die Veröffentlichung ihrer Lebensgeschichte erhalten, während die Opfer nur in seltenen Fällen einen Ausgleich für ihre körperlich und seelisch erlittenen Schäden erhalten. So wünschenswert die Rehabilitation von Straftätern sicherlich ist, so unsinnig und ungerecht ist es, darüber die entsprechenden Opfer zu vernachlässigen oder schlicht zu vergessen.

Wiewohl Strafe nie den Charakter von *Rache* annehmen soll, so wenig zufriedenstellend ist die heutige Situation in deutschen Gefängnissen, die – was die Lebensqualität insgesamt anbelangt – für viele Arbeits- und Obdachlose nachgerade traumhaft erscheinen muß. Dies kann nicht die Basis eines gerechten und wirkungsvollen Strafvollzugs sein. Dementsprechend ist ein gerechteres und dem Schutz der Bevölkerung dienlicheres Strafgesetzbuch zu erarbeiten.

Kapitalstraftaten werden im Wiederholungsfall mit *lebenslänglich* bestraft. Wohin uns eine „soziale Justiz“ und ein „humaner Strafvollzug“ gebracht haben, ist wohl hinlänglich bekannt. Hier sollte auf (längst vorliegende) Erhebungen von Soziologen und (Gerichts-)Psychologen zurückgegriffen werden, statt daß deren Erkenntnisse unveröffentlicht in den Schubladen verbleiben und der Öffentlichkeit vorenthalten werden.

Nachweislich kriminell erworbenes Vermögen (Bestechungs- und Drogengelder, Schwarzgelder und Einkünfte aus Schmuggel- und Waffenschiebergeschäften) sind einzuziehen.

Straftäter müssen auch zu kommunalen/sozialen Arbeitseinsätzen verurteilt werden können – was bislang noch eher die Ausnahme ist und wozu ein Häftling auch nicht gezwungen werden kann.

Grundkonzept

Neben Menschen-, Drogen- und Waffenhandel (der gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstößt) sowie der Gewalt gegen Wehrlose (u.a. Kinder, Schutzbefohlene und Frauen) soll auch Korruption [nicht nur entsprechend der Definition des Dudens (Bestechung, Bestechlichkeit und moralischer Verfall)] erheblich stärker bestraft werden.

Es sollte auch darauf hingewirkt werden, daß Staaten, die sich der Gewährung/Duldung von Korruption (z.B. Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz) schuldig machen, hohe Bußen zu bezahlen haben bzw. ihre Gesetze entsprechend ändern müssen. Zumindest innerhalb der EU soll darauf schnellstens hingearbeitet werde.

Der gesamte *Datenschutz* ist auf seinen realen Sinn zu überprüfen und entsprechend zu wandeln. Gerade im Zeitalter der Medien und immer kürzerer Übertragungsmöglichkeiten nahezu aller Daten und detaillierter Fakten innerhalb kürzester Zeit mutet es nachgerade lächerlich an, wenn per Datenschutz vor allem diejenigen geschützt werden, die die Rechte anderer mit Füßen treten. Das *Datenschutzgesetz* ist längst zum perfekten *Täterschutzgesetz* mutiert – das generelle Los aller Gesetze und Verordnungen, die vornehmlich auf dem Papier verankert sind, deren tieferer Sinn jedoch zumeist gar nicht verstanden und schon gar nicht realiter umgesetzt wird.

Beileibe nicht gegen das Persönlichkeitsrecht verstößt auch, Sexualstraftätern „*genetische Fingerabdrücke*“ abzunehmen und diese einer international verfügbaren Datenbank zuzuführen. Die körperliche Unversehrtheit – dies gilt insbesondere für den sexuellen Intimbereich und hier speziell bezüglich *Kindern* und *Jugendlichen* – ist als besonderes Rechtsgut anzusehen. Die Auswirkungen eines Verstoßes hiergegen sind – was davon nicht-Betroffenen zumeist gar nicht klar ist – für die davon betroffenen Opfer ein lebenslanges Trauma. Wer seiner eigenen Triebe nicht Herr zu werden in der Lage ist, muß – notfalls auch zwangsweise – unter Therapie gestellt und nötigenfalls sicherheitsverwahrt werden.

Dem *Tier- und Artenschutz* ist in besonderer Weise und weit über das bisherige Maß hinaus Rechnung zu tragen. Wer sich an Flora und Fauna zum Zwecke der eigenen wirtschaftlichen Bereicherung vergreift, handelt – egal in welchem Umfange – wider die natürliche Basis und Lebensgrundlage aller Menschen. Er macht sich damit beileibe nicht nur in spirituellem oder religiösem Sinne schuldig, vielmehr verletzt er damit fundamental die funktionale Lebensgrundlage der Vielfalt, die diesen Planeten – für alle Menschen und gleichermaßen – interessant und lebenswert macht. Dieses gemeinsame Recht aller Menschen zu beschneiden oder zu gefährden, kann und darf keiner natürlichen und keiner juristischen Person erlaubt sein. Dies betrifft auch den Tierschutz in Bezug auf Laborversuche für Nahrungsmittel, Medikamente oder Kosmetika. Demgegenüber ist jedoch auch klar – alles andere wäre weltfremd –, daß medizinisch-technischer Fortschritt auch in-vivo-Versuche, also die Arbeit und Forschung unter realen Bedingungen, nötig macht. Deshalb sind – wenngleich in höchst selektiver und nur auf das absolut notwendige Maß beschränkt – auch Tierversuche zu gestatten, wobei der Schutz der Natur absoluten Vorrang vor egomaner Experimentierfreude des Menschen haben muß.

Schon eher wäre daran zu denken, Menschen – mit ihrer Einwilligung und gegen Zahlung einer entsprechenden „Risikoprämie“ und selbstverständlich unter allen nur möglichen Sicherheitsvorkehrungen! – für medizinische oder technische Versuche einzusetzen. Wer z.B. als Strafgefangener aus ehrlicher Reue und Einsicht seinen Mitmenschen in dieser Weise dienlich sein oder (z.B. als Student) sein Monatsbudget aufbessern möchte, sollte dazu die Möglichkeit erhalten.

Die Hochachtung vor der Schöpfung in jeder Form gebietet ein Verbot der Massentierhaltung sowie eine art- und sachgerechte Tier-Transport-Gesetzgebung.

Im Sinne der Rückbesinnung auf das Verhältnis „*Mensch und Natur*“ sollte der *Tier- und Artenschutz*, eine fundamentale Kenntnisvermittlung bzgl. der biologischen Zusammenhänge und die Rolle des Menschen in seiner natürlichen Umwelt elementarer Bestandteil der Erziehung in Familie und Schule werden.

Erst wenn der Mensch wieder lernt, als höchst-entwickeltes Lebewesen auf diesem Planeten auch wieder die Verantwortung für den Schutz von Umwelt und Natur zu übernehmen, kann er auch wieder in Harmonie und Einklang mit der ihn umgebenden Welt treten. In Erziehung, Lehre und Forschung sowie ins Kultur- und Wirtschaftsleben muß das Bewußtsein integriert werden, daß sich der Mensch nicht – gestützt auf seine Überlegenheit – das Recht herausnehmen darf, sich Flora und Fauna dieses Planeten aus purem Egoismus zu unterjochen, vielmehr obliegt ihm die Verantwortung für deren Schutz. Erst wenn diese Einsicht zu einem generellen Bewußtseinswandel in der gesamten Gesellschaft führt, schaffen wir damit die Grundlage für folgende Generationen, unsere Erde als lebenswerten Planeten bewahren zu können.

Aus diesem Grunde ist dem Umweltschutz weit höhere Priorität einzuräumen, als dies bislang der Fall ist. Zwar zählt Deutschland weltweit zu den fortschrittlichsten Ländern in diesem Bereich, es gibt hierbei jedoch speziell i.p. *Aufklärung* enorm viel zu tun. Dazu zählt z.B. die Einsicht in die Tatsache, daß es wenig Sinn macht, die Umwelt in der Bundesrepublik zu schonen und sich statt dessen im Ausland zu besorgen, was in Deutschland aus Umweltschutzgründen verboten ist. Wer seinen Müll, Giftstoffe und schwer zu entsorgende Stoffe ins Ausland verbringt, gefährdet damit dennoch – wengleich möglicherweise zeit- und ortversetzt – die Umwelt auf unserem Planeten. Insofern tut *Aufklärung* bereits in jüngsten Jahren (Elternhaus und Schule) dringend not. Aus dem gleichen Grunde ist schnellstens dafür zu sorgen, daß eine umweltschonende und recyclebare Energiepolitik und die entsprechende Forschung forciert werden. Der seit Jahrzehnten herrschende Streit, ob der Verbrauch fossiler Brennstoffe oder die Nutzung von Atomenergie umweltverträglicher ist, sollte längstens als unsinnig entlarvt werden. Wir sind technisch absolut in der Lage, eine alternative Energiepolitik zu betreiben, die – eine forcierte Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung, Industrie und staatlicher Politik vorausgesetzt – sogar bedeutend billiger, vor allem jedoch langfristig zur Wiedergesundung der Erde, von Flora und Fauna beitragen würde. So lange jedoch die Forschung in diesen Bereichen einigen wenigen Idealisten vorbehalten bleibt, die dann auch noch gegen Industrie-politische Starrsinnigkeit anzukämpfen haben, bleibt alles Gerede opportunistischer Politiker eine Farce, noch deutlicher formuliert: ein Verbrechen an künftigen Generationen.

Energie und Wirtschaftspolitik, Biologie und Landwirtschaft, Ökologie und Ökonomie müssen speziell in diesem Bereich lernen, zum Wohle und Schutz aller Bürger zusammenzuarbeiten – national wie international –, statt wie bisher egoistische Partikularinteressen eisern zu verteidigen und sich kurzsichtig in den Dienst von Rendite, Umsatz und Absatz zu stellen.

- Abbau der „Subventionitis“

Steuerentlastungen (bzw. -rückvergütungen) sind ausschließlich für Projekte und Einrichtungen zu gewähren, die als *sozialpolitisch förderungswürdig* einzustufen sind (Sozial-Sponsoring). Hierzu zählen insbesondere Kinderheime und Waisenhäuser, Alten- und Pflegeheime, Schulen und Behindertenwerkstätten u.ä.

Die bisherige, Milliarden-teure *Subventionspolitik* wird eingestellt. So kann für kinder- und erbenlose Landwirte sowie zur Einstellung nicht mehr rentabler Agrarbetriebe ein „Land-

Fonds“ geschaffen werden, in den Agrarland gegen Zahlung einer Leibrente an die bisherigen Besitzer eingebracht werden kann. Dies würde der weiteren Zersiedelung vorbeugen und gleichzeitig billiges Bauland für die Gemeinden schaffen.

Die in besonderem Maße von der Frage der Rentabilität betroffene Landwirtschaft muß mit kreativen Ideen und dem Einsatz moderner Technik rationalisiert und konkurrenzfähig gemacht werden, statt mit Milliarden mangelnden ökonomischen Verhältnissen begegnen zu wollen. Ähnliche Alternativen zur bisherigen Subventionsvergabe (z.B. in der Stahl- und Kohlewirtschaft) sind unverzüglich einzuleiten und auch auf EU-Ebene einzufordern.

Sport- und Kulturveranstaltungen sind insoweit nicht steuerlich förderungswürdig, als sie der selbständigen Lebensführung des Einzelnen zuzuordnen sind und dementsprechend auch privat durch gemeinnützige Vereine zu finanzieren und zu unterhalten sind.

- Immigration und Asyl

Daß die Bundesrepublik Deutschland aus vielerlei Gründen [(Kriegs-)Flüchtlinge, Wirtschaftsmigranten, Ideologie-, „Missionare“] als Einwanderungsland begehrt ist, liegt auf der Hand. Dementsprechend gilt es, klare Bestimmungen für Einwanderer zu formulieren, die einerseits jedem Menschen das prinzipielle Recht zubilligen, seinen Wohnsitz dort zu nehmen, wo ihm dies beliebt, auf der anderen Seite sicherzustellen, daß bestehende soziale Strukturen nicht unbotmäßig gefährdet und „kolonialistisch“ entfremdet werden. Wer sich dazu entschließt, seinen Wohnsitz innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen, hat sich deren Gesetzen und ihrer kulturalen Ordnung zu unterwerfen. Andererseits wäre weltfremd und im Sinne der sich immer mehr abzeichnenden weltweiten Migration, Integration und Globalisierung der Menschheit auch wenig geholfen, wenn sich ein Land wie die Bundesrepublik – im Herzen Europas und Teil der EU – versuchtermaßen abschotten wollte.

Generell soll jeder Ausländer das Recht haben, seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland zu nehmen und innerhalb der bundesdeutschen Grenzen auch eine Tätigkeit aufzunehmen – als Selbständiger oder als Arbeitnehmer. Wer fünf Jahre in Deutschland einen Wohnsitz unterhält, erwirbt auf Antrag das kommunale aktive und passive Wahlrecht. Wer zehn Jahre in Deutschland lebt, erwirbt – ebenfalls auf Antrag – die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft und damit auch auf Bundesebene das aktive und passive Wahlrecht.

Beide Rechte setzen jedoch zwingend voraus, daß innerhalb dieser „Wartezeiten“ die Anwärter nicht auf Kosten der Allgemeinheit leben und auch nicht straffällig werden. Ersteres ist nur im Zuge eines Asylantrags möglich, letzteres zieht die sofortige Ausweisung in sein Heimatland nach sich – auch innerhalb der EU!

Zur Frage der *Asylpolitik*: Asylanträge haben binnen 30 Tagen bearbeitet zu werden. Bei Nichtanerkennung oder Straffälligkeit hat die sofortige Ausweisung zu erfolgen.

Wenn wir schon bei Reformen sind

Nebentätigkeiten von öffentlich Bediensteten sind generell, nach Art der Tätigkeit und Höhe der Entlohnung, meldepflichtig und in keinem Fall während der Arbeitszeit oder unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu dulden. Universitäts-Chefärzte kassieren mitunter pro Jahr mehr aus Privathonoraren und sog. „Gutachtertätigkeit“ als mit ihrer – ohnehin zumeist hochdotierten – offiziellen Tätigkeit. Die Nebeneinnahmen von Klinikchefs – via Pharmakonzerne, Ausstattern von medizinisch-technischen Gerätschaften etc. – sind ein offenes Geheimnis, und selbst Richter an Oberlandesgerichten verdingen sich nebenbei – und während ihrer Arbeitszeit – als Bausparkassen- und Versicherungsvertreter.

Abgeordnete auf Bundes-, Länder- oder Gemeindeebene haben grundsätzlich keinerlei Nebentätigkeiten auszuüben. Sowohl bezahlte wie auch ehrenamtliche Tätigkeiten in Aufsichts- und Beiräten von Firmen, Vereinen oder sonstigen Institutionen sind zu untersagen. Vor ihrer Tätigkeit als Abgeordnete ausgeübte derartige Ämter haben während ihrer Tätigkeit als Parlamentarier ausnahmslos zu ruhen. Damit soll den Interessenkonflikten, die sich aus einer derartigen Verquickung politischer Verantwortlichkeit und persönlicher Interessenslage geradezu zwangsläufig ergeben, von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden. Hiermit könnte dem heute leider üblichen höchst korruptiven Gemenge in und zwischen Politik und Wirtschaft endgültig der Boden entzogen werden. Wenn – wie heute – Bundestagsabgeordnete bis zu 15 verschiedene „Nebenjobs“ in Verbänden und Vereinen, Institutionen der Wirtschaft, in Gewerkschaften und Stiftungen halten, können diese unmöglich ihrem eigentlichen Auftrag als gewählte Parlamentarier und Interessenvertreter ihrer Wähler auch nur annähernd nachkommen. Finanzieller Korruption ist damit geradezu zwangsläufig Tür und Tor geöffnet. Wer zwischen seinem politischen Auftrag und persönlicher Macht- und Geldgier nicht zu unterscheiden in der Lage ist, ist als Abgeordneter charakterlich ungeeignet und nicht tragbar.

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** plädiert für die Einführung einer gestaffelten Straßennutzungsgebühr für In- und Ausländer bei gleichzeitigem Wegfall der Kfz.-Steuer, wodurch allein im Verwaltungsbereich Einsparungen in Milliardenhöhe verzeichnet würden. Künftig soll auch der *private Straßenbau* (z.B. Fernstraßen auf Pacht-Basis) möglich sein. Benutzer dieser Straßen haben eine Maut zu entrichten. Die Betreiber derartiger Privatstraßen zahlen wiederum eine Pacht an die entsprechende Kommune und das Bundesland.

Wir fordern eine Umwandlung des Sachleistungsprinzips in der gesetzlichen Krankenversicherung in ein Kostenerstattungssystem, die freie Krankenkassenwahl sowie die Privatisierung von Krankenhäusern und medizinischen Einrichtungen.

Die „gewaltsame“ Einführung des *Euro*, die heute praktisch in keinem Land der EU mehr eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich sieht, ist unverzüglich abubrechen. Sinnvoll und in jeder Hinsicht förderlich wäre es, den *Euro* als *Parallelwährung* einzuführen – nicht zuletzt, um damit im internationalen Devisen-Tauschhandel Einsparungen in Milliardenhöhe zu bewirken und dem Umstand Rechnung zu tragen, daß unterschiedliche Wirtschafts- und Sozialkulturen ein Ausgleichs-„Ventil“ benötigen – autarke Währungen.

Hierzu bieten wir
„Die Lösung der EURO-Krise – eine völlig neue Sichtweise“ an.

Grundkonzept

Gesetzlich verankert werden sollen die demokratischen Mittel des *Volksbegehrens*, der *Volksbefragung* und des *Volksentscheids* – auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

Einzuführen ist:

- Die *Personenwahl* bei Parlamentswahlen,
- die direkte Wahl des Bundespräsidenten durch das Volk,
- die Ernennung von Bundesverfassungsrichtern durch das Kollegium der Richter der Bundesrepublik sowie der Landesverfassungsrichter vom Kollegium der Richter des betreffenden Bundeslandes.

Die unselige „*Proporz*“-Ernennung der obersten Richter auf Landes- und Bundesebene nach ihrer Zugehörigkeit zu den großen Parteien ist unverzüglich abzuschaffen.

Die „Verteilung“ politischer Posten nach parteilicher Opportunität widerspricht in grotesker Weise demokratischer Willensbildung. Posten, die öffentliche Interessen berühren, sind nach dem *Qualifikationsprinzip* zu besetzen. Alles andere entspricht *politischer Korruption*.

Dies gilt auch für die transnationalen Strukturen der EU, die bislang jeder demokratischen Legitimation in geradezu grotesker Weise entbehren.

Hierzu bieten wir das
„Plädoyer für ein neues Demokratie- und Rechtskonzept“ an.

Zum Thema *Wohnungsbau*: Die Bundesrepublik Deutschland rangiert mit ihrer „Eigenheimquote“ europaweit an letzter Stelle. Dazu tragen sowohl die heutigen Grundstücks- und Baupreise wie auch die Bauland-Zuweisungspolitik der Kommunen, ein Wohnungsbau-feindliches Dickicht an Gesetzen und Verwaltungsvorschriften sowie eine wohnungsbaupolitisch höchst feindliche Vermietergesetzgebung bei. Auch hier hat der Staat (so vernünftig dies bis Ende der 60er Jahre war) zu lange seine Finger im Spiel gehalten, indem er als Bauherr, Träger und Verwalter im Immobilienbereich agiert hat. Ein von Staatsinteressen freier Wohnungsmarkt konnte sich in Deutschland deshalb kaum entwickeln.

In diesem Sinne schlägt der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** eine radikale Abkehr vom bisher geübten „Staatsmonopol“ im Bau- und Wohnungswesen vor:

- Fehlbelegte Sozialwohnungen sind unverzüglich entweder dem freien Markt zu übergeben oder von seinen unrechtmäßigen Mietern zu räumen.
- Trabantenstädte im Umfeld von Großstädten dürfen nicht länger die Ausweisung von Bauland zu Lasten der benachbarten Großstadt behindern.
- Baugesuche sind unverzüglich (binnen 30 Tagen) zu bearbeiten.
- Der Gesetzes- und Vorschriftenschwungel ist radikal abzubauen.
- Die Aus- und Umbauvorschriften sind drastisch zu erleichtern.
- Die Umwidmung von bislang gewerblichen in wohnwirtschaftlich nutzbare Immobilien ist ohne große Auflagen zu ermöglichen. Dies gilt umso mehr, als im Zuge einer zunehmenden „Privatisierung“ der Arbeitswelt die Arbeitsplätze im eigenen Wohnbereich (diese werden künftig drastisch zunehmen) besonders wichtig werden, da sonst bundesweit Hunderttausende von gewerblich genutzten Räumen (vor allem Büros) leerstehen und ihre Eigentümer nicht selten in den Ruin treiben werden.
- Der Ausbau von Dach- und Kellergeschossen ist zügig und Auflagen-arm zu gewähren.

Entwicklungshilfe: Welche fatalen Auswirkungen eine ungenügende, vor allem jedoch eine - von egoistischen Interessen getragene – falsche Entwicklungshilfepolitik zeitigt, ist längstens bekannt und wurde (so es dieses Beweises überhaupt noch bedurfte) durch die Studie „*Unsere Welt*“ des „*Deutschen Bundesverbandes für Steuer-, Finanz- und Sozialpolitik e.V.*“ [(DBSFS) heute **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**] von 1992/93 eindeutig belegt.

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** plädiert aus diesem Grunde für eine *wirkliche*, d.h. nicht von den Egoismen der Industrienationen geprägte, sondern dem Sinn des Wortes entsprechende ‚*Hilfe zur Entwicklung*‘ für die Länder der sog. Dritten Welt. Hierbei darf es nicht um eine möglichst effiziente Ausbeutung der Natur- und Bodenschätze der Länder in Asien, Südamerika und Afrika gehen, und deren Bevölkerung darf auch nicht als Potential für billige Arbeitskräfte und hohe Gewinnmargen schamlos ausgenutzt werden. Ebenso wenig darf Entwicklungshilfe darin bestehen, daß in *neo-kolonialistischer* Überheblichkeit die Bevölkerung der Länder der sog. Dritten Welt gezwungen wird, in einer ihr fremden Sprache Bildung zu erwerben und nach europäischen Mustern zu denken und zu leben lernen.

Zu wirklicher Entwicklungshilfe gehört die Achtung vor der Geschichte und der Kultur eines anderen Volkes. Entwicklungshilfe muß ‚*Hilfe zur Selbsthilfe*‘ werden und darf nicht von wirtschaftlicher Dominanz und egoistischem Gewinnstreben geprägt sein. Mit wahrer Entwicklungshilfe schaffen wir uns nicht nur die Sympathie anderer Nationen, vielmehr müßten unsere Hauptmotive für ehrliche Entwicklungshilfe die sein, Hunger und Elend, Not und unmenschliche Lebensbedingungen, Seuchen und Epidemien, hohe Säuglingssterblichkeit und unverantwortliche Reproduktionsraten in nahezu der Hälfte aller Länder der Welt effizient und schnellstens zu besiegen.

Daß bei kritischer Betrachtung das Gros heutiger Entwicklungshilfemaßnahmen, die Tätigkeit der meisten sog. Entwicklungshilfe-Organisationen und -Institutionen, vor allem jedoch der bislang dafür eingesetzte personelle und finanzielle Energieaufwand höchst ineffizient ist und allenfalls als pseudo-humanistische Alibiveranstaltung anzusehen ist, muß deutlich herausgestellt und im Sinne einer globalen Verantwortlichkeit korrigiert werden. Die Hunger- und Elendsgebiete dieser Welt unbeachtlich zu lassen, hieße, die Augen vor unser Aller Zukunft zu verschließen. Wer im eigenen Lande Frieden und Wohlstand garantieren und genießen möchte, muß eben dafür auch im weiteren Umfeld, in den uns umgebenden Ländern und Kontinenten sorgen.

Schlußbemerkung

Das vorliegende Grundkonzept des **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** kann (und soll) nicht alle in einem komplexen und komplizierten Sozialwesen betroffenen Belange bis ins letzte Detail durchdeklinieren. Die Verfasser wollten vielmehr einen generellen Überblick dahingehend bieten, daß und in welcher Form der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** seine politische Arbeit im Hinblick auf einen modernen, den Fordernissen künftiger Jahrzehnte gerecht werdenden Staat verstanden wissen will.

Wir sind uns der Tatsache nur allzu bewußt, daß unter den hier skizzierten Forderungen künftig den Bürgern mehr Mitspracherecht und -möglichkeit eingeräumt wird, als dies wohl jemals zuvor in der Bundesrepublik Deutschland der Fall war. Den hier gezeigten Rechten und Möglichkeiten steht jedoch auch die klare Absage an politischen Nihilismus, (sozial)politische Verweigerung und (bislang immer mehr um sich greifende) Selbst-Entmündigung entgegen.

Wir wollen allen BürgerInnen, denen die Staatsform der (real gelebten) Demokratie wirklich am Herzen liegt, Gelegenheit geben, tatsächlich demokratische Verhältnisse in diesem Lande herzustellen, was bislang nämlich – allen vollmundigen Sprechern und Vertretern der heutigen „demokratischen“ Parteien zum Trotz – realiter nicht der Fall ist.

Die politische Kultur in Deutschland steckt in einer schweren Krise, von der sämtliche staatlichen und gesellschaftlichen Bereiche und Belange betroffen sind. Die Ämterpatronage, die herrschende Deckungsgleichheit von Parteispitzen und Regierungsämtern, der herrschende – *grundgesetzwidrige!* – Fraktionszwang und die zunehmende Vergabe nahezu aller lukrativen und attraktiven Führungsämter an Mitglieder des öffentlichen Dienstes sowie die Kette von Skandalen – quer durch alle Parteien –, die mittlerweile alle politischen Parteien ihre Glaubwürdigkeit gekostet hat, sind nicht länger hinnehmbar. Der Parteien- und Bürokratenfilz hat die öffentlichen Mittel zunehmend als „privates Beutegut“ des Staates angesehen, und die Selbstbedienungsmentalität der öffentlichen Hand auf allen Ebenen schlägt sich in den Gehältern und Versorgungsbezügen der Funktionsträger auf allen (oberen) Ebenen des Staatswesens nieder. Diese Selbstbereicherung ist als *öffentlich-rechtliche Korruption* zu decouvrieren. Sie muß abgeschafft und die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Selbst nur kurzfristig in (oberen) öffentlichen Ämtern sitzende Funktionäre beziehen heute Pensionen und Übergangsbezüge, die in keinem Verhältnis zu ihrer Leistung stehen und im Vergleich zu einer lebenslangen Arbeitsleistung des Normalbürgers nur noch als unverschämt zu bezeichnen sind.

Die Kaste der Berufspolitiker, die niemals einen ordentlichen Beruf ausgeübt und sich nie selbst-verantwortlich ernährt haben, ist von Jahr zu Jahr geradezu epidemisch gewachsen und hat eine breite Spur der Verschwendung volkswirtschaftlichen Vermögens hinterlassen, statt daß der Amtseid erfüllt und dem Gemeinwohl gedient worden wäre. Der gesellschaftliche Grundkonsens ist bereits heute in höchstem Maße gefährdet. Während sich jedoch große Unternehmen und Konzerne dieser Willkür bequem entziehen, ihrer Verantwortung entledigen können und sich in vielen Bereichen dieser nur allzu willigen Funktionsträger als Büttel bedienen, dörren die heutigen Zustände in der Bundesrepublik Deutschland den Mittelstand – die eigentlich tragende Leistungsgemeinschaft, die weit über 80% aller Arbeitsplätze zur Verfügung stellt – immer mehr und in gefährlichem Maße aus. Diesem Verfall der politischen Kultur möchte der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** als *Stimme der politischen Mitte* entgegenwirken, indem sie – dem Artikel 146 des Grundgesetzes entsprechend – für die Schaffung einer wirklich vom Volk getragenen Verfassung für das 1989 wiedervereinigte Deutschland eintritt und den Boden dafür zu bereiten sucht, diese Bundesrepublik wieder zu einem autarken Staat, einem international konkurrenzfähigen Teil Europas und der Welt zu gestalten.

Hatten es die BürgerInnen der alten Bundesländer über 50 Jahre scheinbar nicht nötig, sich ihrer demokratischen politischen Verantwortung bewußt zu werden, so hatten die BürgerInnen der neuen Bundesländer während der gleichen Zeit dazu keine Gelegenheit. Beiden Teilen unserer Bevölkerung ist inzwischen ein tiefes Mißtrauen und eine ständig steigende Politikverdrossenheit gemein, die zwar für die jeweils herrschenden Funktionsträger momentan noch ganz angenehm, bei näherer Betrachtung jedoch bereits in allernächster Zukunft höchst gefährlich werden wird.

Der höchst korruptive Zustand der Unkontrollierbarkeit, in dem sich heute noch Ämter und Behörden, Parteien und deren Institutionen, Funktions- und Entscheidungsträger auf allen Ebenen der staatlichen Hierarchie aalen und sicher wähen, muß konsequent und unverzüglich geändert werden.

Die Bundesrepublik Deutschland muß – um als modernes Staatswesen für die Zukunft vorbereitet zu sein – wie ein Unternehmen geführt werden, d.h. transparent, kontrollierbar, flexibel, effizient und unter fairen Konkurrenzverhältnissen. Der *öffentliche Dienst* muß endlich lernen, sich als *Dienstleister* zu verstehen – was er bislang nicht nötig zu haben glaubt.

Die Berufung in öffentliche Ämter darf künftig nicht mehr von der Zugehörigkeit zu einer Partei und dem erfolgreichen Klüngeln in öffentlich-rechtlichen Institutionen abhängen. Vielmehr muß die Qualifikation den Ausschlag dafür geben, wer welchen Verantwortungsbereich übernimmt. Parteistategien, kleinkariertes Denken, arrogante Selbstgefälligkeit, träger Erledigungsgelassenheit und verantwortungsloser Egoismus müssen einem globalen Denken, einer demokratischen Grundhaltung und einem Mindestmaß an philosophischer Größe sowie ethischen Grunderfordernissen weichen, ohne den keine Sozialgemeinschaft fürderhin existieren und in Verantwortung für ihre Mitglieder wirken kann.

Die *Interglobalität*, in der sich speziell ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland längst sieht, fordert ein *Neues Denken*. Dies schließt soziale und wirtschaftliche Belange ebenso ein wie Umwelt und Natur, Verkehrswesen und Kommunikationstechnologie, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, die Justiz, das Bildungs- und Erziehungswesen, das Transportwesen, das Wirtschafts- und Finanzwesen sowie die Entwicklungshilfe.

Ethik und Moral dürfen keine Worthülsen oder Feiertagsbeschäftigungen in gemeinnützigen Organisationen sein. *Eigensinn* muß *Gemeinsinn* weichen. Die BürgerInnen müssen – soll ihre Zukunft nicht bereits Vergangenheit sein – zu einer demokratischen Mitbestimmung eingeladen und dazu wieder hingeführt werden, statt in Fremdbestimmung zu leben, bis zur Grenze des Erträglichen geschröpft und bis zu ihrer Leistungsgrenze (und -bereitschaft) ausgeplündert zu werden. Wer von *sozialer Marktwirtschaft* spricht, muß an diesen Worten auch gemessen werden und – entsprechende Transparenz seines Tuns und Handelns vorausgesetzt – zu messen sein.

Vergangenheitsorientierte Flickschusterei und schiere Systemverwaltung (durch alle politischen Parteien) muß strategisch erarbeiteten Zielen, einer auf die Bedürfnisse der Zukunft ausgerichteten Orientierung und verantwortungsvoller Voraussicht weichen. Zu *Agieren* ist allemal besser als – oftmals zu spät – immer nur zu *Reagieren*. Nur durch flexible und kreative Lösungen auch schnell und effizient umsetzende Strukturen – auch im öffentlich-rechtlichen Bereich – können wir den Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte wirkungsvoll begegnen, während ein störrisches Klammern an gestrige Denk-, Fühl- und Handlungsmuster den Zerfall unseres (ohnehin längst nicht mehr) demokratischen Staatswesens rasch fortschreiten läßt. Die heutigen Parteien (und Gewerkschaften) betreiben seit Jahrzehnten eine von Paragraphen, Richtlinien, Vorschriften und Gesetzen zugeschüttete systemische *Blockadepolitik*, die dem Einzelnen – vor allem den heute wirklich noch Leistungswilligen – kaum noch kreative Freiräume gestattet und einer zunehmenden Zahl von BürgerInnen jegliche Lust vergällt, sich überhaupt noch (eigen)verantwortlich für das Gemeinwesen und -wohl einzubringen. Nur eine

von Beweglichkeit, Mobilität, Aufgeschlossenheit, Vorurteilsfreiheit und entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten getragene, *schematisch offene* Gesellschaft wird in den künftigen globalen Auseinandersetzungen langfristig überleben.

Verantwortung muß von allen dafür Geeigneten übernommen werden, statt daß diese abgeschoben wird. Voraussetzung dafür ist jedoch ein positives Selbstverständnis und ein von Vertrauen getragenes Selbstbewußtsein. Das heutige Mißtrauen und der ständig wachsende Sozialneid werfen ein bezeichnendes Licht auf die eigennützige Vorgehensweise der Parteien und der politisch Verantwortlichen in unserem Lande. Verantwortungslosigkeit des Einzelnen führt zu einer Lähmung der gesamten Gemeinschaft. Die Gleichgültigkeit und das Desinteresse des Einzelnen für die Belange der Gesellschaft kennzeichnen die immer breiter werdende Kluft zwischen den Besitzenden und der zunehmenden Schicht besitzloser und in Richtung Armutsgrenze driftender Teile unserer Bevölkerung.

Wir brauchen kraftvolle *Visionäre* statt engstirniger *Systemverwalter* und *Technokraten*, um den in eine arge Schiefelage geratenen gesellschaftlichen Konsens wieder in eine gesunde Balance zu führen. Gerade die Inhaber öffentlicher Ämter sollten die Kraft und Kreativität zu Visionen haben, statt durch verantwortungslose Selbstbereicherung die Sozialgemeinschaft immer kälter und die Randgruppen immer größer werden zu lassen. Aufgeblähte Strukturen und hierarchische Moloche müssen flachen Strukturen und einer handlungsfähigen, „schlanken“ öffentlichen Hand weichen. Pöstchenschieberei und -kungelei ist nur in einem System möglich, in dem den betreffenden Vorteilsnehmern der Blick für ihre eigentlichen Aufgaben und das Bewußtsein um ihre Verantwortung verlorengegangen ist. Die heute in Deutschland herrschende politische Unkultur ist ehestmöglich aufzuweichen, ihre verhängnisvollen Auswirkungen der breiten Bevölkerung offenzulegen. Wir benötigen wirkliche Reformen, statt daß – in bisher geübter Weise – die Probleme in „Hütchenspieler“-Manier und durch kameralistische Taschenspielertricks verlagert werden. Wissenschaft und Forschung, Familien-, Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, Kreativität und Leistungsbereitschaft müssen endlich der Fesseln entledigt werden, unter denen sie in stetigem Maße steigend leiden.

Wir brauchen motivierte Bürger, nicht desinteressiertes Stimmvieh. Der Staat muß sich als verantwortungsbewußter Vertreter seiner Bürger verstehen, statt daß er den Bürger zu beherrschen und seinem Eigensinn zu unterwerfen trachtet. Eben deshalb verlangt der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.**, daß der Bürger in zentralen Fragen auch während der Legislaturperioden mitentscheiden kann.

Wir brauchen wirkliche *Experten als Berater der Entscheidungsträger*, und Gesetze müssen vor ihrem Inkrafttreten auf ihre Konformität mit dem Grundgesetz überprüft werden, statt daß – wie immer häufiger der Fall – Gesetze im Nachhinein wieder korrigiert oder sogar wieder abgeschafft werden müssen, weil sie mit dem Grundgesetz nicht konform gehen. Aus *Staatsbeherrschern* müssen wieder *Staatsdiener* werden. Wir müssen dafür sorgen, daß die Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine positive Grundhaltung aller Bürger zu einem System erlauben, das der Mehrheit die Möglichkeit zur Teilnahme an politischen Entscheidungen bietet, statt sie davon tunlichst fernzuhalten.

Es muß Schluß sein damit, daß – am Bürger und oftmals sogar an den Gesetzen vorbei – staatliche Organe und die hinter ihnen stehenden Parteien Geheimniskrämerei betreiben, Informationen vertuschen, Untersuchungen unter Verschuß gehalten und sogar bewußt „öffentlich-rechtlich“ gelogen wird. Das Tun und Handeln öffentlich-rechtlicher Funktionsträger muß für jeden Bürger transparent und nachvollziehbar werden. Wer Tatsachen verschweigt (und deren „Öffentlichkeit“ unterdrückt), die ausschließlich zur Wahrung von Partikularinteressen dienen, hat als öffentlich-rechtlicher Funktionsträger in diesem Staat nichts zu suchen, selbst wenn er sich durch dieses Vorgehen die Zufriedenheit und das Wohlwollen

Grundkonzept

von Lobbyisten erkauft. Mit der grassierenden politischen „Roßtäuscherei“ muß endlich Schluß sein. Es kann nicht Aufgabe der betroffenen Bürger sein, sich gegen selbstherrliche Willkürakte der Legislative und politischer Berufsbeamter in langwierigen Prozessen zur Wehr zu setzen, die bis zu zehn Jahre dauern können und erst per Bundesverfassungsgericht als nicht gerechtfertigt (mitunter sogar Grundgesetz-widrig) entlarvt werden.

Öffentlich-rechtliche Funktionsträger müssen wissen, daß sie bezüglich der Ausgaben ihnen anvertrauter Steuergelder Rechenschaft abzulegen haben. Die Verantwortungslosigkeit, mit der Ministerien, Behörden und öffentliche Ämter heutzutage Milliarden verschwenden, ist nicht länger hinnehmbar.

Öffentlich-rechtliche Funktionsträger müssen für ihre Versprechungen ebenso geradestehen wie für ihre Versäumnisse. Vormalig gepflegte „Amigo“-Schiebereien müssen offengelegt und juristisch ahndbar werden. Schluß sein muß mit der Verschiebung gescheiterter Alt-Politiker auf lukrative Vorstands- oder Aufsichtsratsposten in staatlichen Institutionen oder in internationale Behörden. Eine dem Gemeinwohl dienende und sich als demokratisch verstehende soziale Haltung jedes einzelnen Bürgers ist nicht nur eine Frage der Erziehung in Familie und Schule, vielmehr lebt sie vor allem von den Vorbildern im Staatswesen. Erst dadurch wird ein demokratisches Bewußtsein, Vertrauen in die öffentlichen Funktionsträger und eine kreativ-förderliche Einstellung zur eigenen Leistungsbereitschaft entwickelt.

Die BürgerInnen der Bundesrepublik Deutschland müssen – unabdingbare Voraussetzung für die nächsten Jahrzehnte – sukzessive wieder das Bewußtsein gewinnen dürfen, daß sie Teil eines demokratischen Gemeinwesens sind. Erst dann kann der nächste Schritt – ein vereintes Europa, ein internationales, interkulturelles und intersoziales Verständnis über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus – entwickelt werden. Dafür sind wir alle verantwortlich. Dieser Verantwortung – vor allem gegenüber unseren Kindern und Enkeln – können und dürfen wir uns nicht länger entziehen.

Wir müssen *heute* die Gleise für eine neues Denken legen, um diese *morgen* nutzen und unser Aller Zukunft freud- und kraftvoll, klug und konkurrenzfähig, sozial verantwortlich und selbstbewußt begegnen zu können.

Demokratie ist ein schützenswertes Gut, das jedoch verantwortungsbewußt erarbeitet und sorgsam gepflegt werden muß, um es dann – ob als mündiges Individuum oder als humanistisch-soziale Gemeinschaft – genießen und sinnvoll nutzen zu können.

In diesem Sinne rufen wir alle BürgerInnen auf, die Basis für einen tatsächlichen Wandel und eine strukturelle Reform unseres gesamten Staatswesens in all' seinen Aspekten zu legen, sich für deren Verwirklichung einzusetzen und damit als selbstbewußter, eigenverantwortlicher und demokratischer Teil dieses gesamten Sozialwesens zu wirken.

In vielen Bereichen könnten mutige und kreative Ideen zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensqualität und zu einer gleichzeitigen Schonung der Umwelt genutzt werden.

Pars pro toto seien folgende Ideen genannt:

- Verlegung des gesamten Schienenverkehrs unter die Erde.
- Auch der Straßenverkehr sollte in weit höherem Maße als bisher unter Tage gelegt und energetisch umstrukturiert werden. Damit wäre auch die Schadstoffentsorgung der Luft technisch wesentlich einfacher, und die Wiederansiedelung zunehmend verdrängter Fauna und Flora würde uns allen eine bedeutend höhere Lebensqualität zurückgeben.

Grundkonzept

- Hochhäuser in Städten könnten durch „Seufzerbrücken“ miteinander verbunden werden, was sowohl aus logistischen Gründen sehr vernünftig wäre als auch zu einer Entlastung der Straßen führte.
- Die Verwendung von Wasserstoff für Flugzeuge, Schiffe und Kraftfahrzeuge (statt Kerosin, Benzin, Diesel und anderer Antriebsmittel).
- Eine Verbesserung der Kommunikabilität der Menschen untereinander durch eine forcierte Forschung im Bereich der Psychologie und eine von humanistischer Philosophie geprägte Erziehung, Arbeits- und Berufswelt würde fraglos zu einem rapiden Abbau psychosomatischer Störungen (und damit verbundener Arbeitsausfälle, ersparter Krankheitskosten u.v.m.) führen.

Hierzu bieten wir das
„Plädoyer für ein neues Gesundheitskonzept“ an.

Der **PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.** sieht seine Aufgabe als politische Bewegung nicht nur darin, ökonomischen Maßstäben zu folgen und den materiellen Wohlstand der BürgerInnen dieses Landes zu mehren. Aufgabe einer politischen Bewegung muß (und kann sehr wohl) auch sein, den Menschen dabei zu helfen, nicht nur mit ihren Nachbarvölkern in Frieden zu leben, vielmehr sollte fester Bestandteil menschlich orientierter Politik auch sein, dem Einzelnen dabei zu helfen, mit sich selbst besser zu Rande zu kommen, mit sich und seiner Umwelt friedlicher und harmonischer umzugehen. Auch das gehört zu den lebenswerten Bereichen, auch darin zeigen sich der Fortschritt und die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft.

Juni 2005 / überarbeitet im September 2015

PERSPEKTIVE ohne Grenzen e.V.

– Der Vorstand –